Yasmin Poslek

Ostender Str. 15

13353 Berlin

min_de2000@yahoo.de

Bachelor-Abschlussarbeit:

Die Gründe für die Revolte in den Pariser Vorstädten

Reasons for the riot in the suburbs of Paris

10. August 2006

Inhaltsverzeichnis

0. Abstrakt 3
1. Einleitung 3
2. Ausgrenzung 4
2.1 Arten der Ausgrenzung 5
2.2 Ausgrenzung in den Pariser cités 6
3. Bevölkerungsstruktur und -entwicklung in den Pariser Banlieues 7
3.1 Die Anfänge: 50er- bis 70er-Jahre 7
3.2 Von der Wirtschaftskrise 1974 bis heute 8
4. Dimensionen der Ausgrenzung 10
4.1 Räumliche Isolation 10
4.2 Dimensionen der Ausgrenzung in La Courneuve 12
4.3 Zerrissene Identität 13
4.4 Das Phänomen der galère 16
4.5 Die Unruhen in den Pariser cités 18
4.6 Maßnahmen gegen die Revolten in den Pariser cités 20
4.7 Wohnungs-Gesetzgebung 22
5. Soziale Ausgrenzung im Bereich Schule 23
5.1 Integration in der Schule 23
5.2 Soziale Ausgrenzung im Bereich Arbeit 27
5.3 Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in den cités 30
6. Die Politik Frankreichs 31
6.1 Die Einwanderungspolitik Frankreichs 31
6.2 Staatliche Programme für Jugendliche 34
6.3 Die Polizei als Auslöser für die Unruhen 36
6.4 Ausschreitungen zwischen Polizei und Einwandererkinder 37
7. Kriminalität in den *cités* 39
8. Auswertung und Fazit 41
9. Eigene Beobachtungen und Eindrücke 42
10. Literatur 43
11. Anhang 46

0. Abstrakt

In der vorliegenden Arbeit werden die Gründe für die gescheiterte Integration der Bewohner, insbesondere der Jugendlichen, in den Pariser Vororten, und die Gründe für deren Revolten in den Siedlungen der Vororte untersucht.

Es soll anhand von Literatur (Bücher, Zeitungen, Internetrecherche) nachgewiesen werden, dass die Bewohner der Pariser Vororte Ausgrenzung multidimensional an verschiedenen Orten erleben: in den degradierten Vororten, in der Schule, in der Arbeitswelt und in der Politik. Es kann gezeigt werden, dass die Politik nicht genug gegen die Ausgrenzung der Bewohner der Vororte unternommen hat und die Schuld für die gescheiterte Integration trägt.

Folgende These wird belegt:

„Die Integration in Frankreich ist gescheitert, weil die Regierung und die Gesellschaft in Frankreich die Migranten in die Vorstädte verbannt haben und sich selber überlässt. Daher sind die Gründe für die Revolte in den Pariser Vorstädten die Antwort auf die gescheiterte Einwanderungspolitik“.

Im Anhang befinden sich Fotos von meinem Besuch in drei Pariser Vororten.

1. Einleitung

In den Pariser Vorstädten kommt es immer wieder zu großen Aufständen insbesondere von Jugendlichen. Sie setzen Autos und Supermärkte in Brand oder zerstören willkürlich, was ihnen in die Hände kommt. Das vorherrschende Klima ist geprägt von Wut, Hass und Haltlosigkeit (Dubet, Lapeyronnie, 1994:111). Soziologen wie Michel Wieviorka, der französische Sozialwissenschaftler und renommierte Rassismus- und (Jugend-) Gewaltforscher, warnen schon länger vor einer Eskalation, da die Vorstädte seit etwa 20 Jahren politisch vernachlässigt würden (Wikipedia, 09.März

2006). Insbesondere prangern die Jugendlichen, die meist nordafrikanischer oder schwarzafrikanischer Herkunft sind, die herrschende relative Armut, den Rassismus, mangelnde Chancengleichheit, Perspektivlosigkeit und die Massenarbeitslosigkeit in ihrem Milieu an (Wikipedia, 09.März 2006). Die Bewohner fühlen sich allein gelassen, ignoriert und ausgegrenzt, woraus eine explosive Mischung aufgrund der „radikalen Grenzziehung zwischen denen drinnen und denen draußen“ (Dubet, Lapeyronnie, 1994:8) entstanden ist. Die Jugendlichen versuchen, ihr Recht auf Gleichheit als Staatsbürger durch die Revolte zu erkämpfen. Der sozialräumliche Niedergang durch baulichen Zerfall, der Zuzug aus dem Ausland und die Abwanderung all jener, die es sich leisten können sowie strukturelle Arbeitslosigkeit, der schlechte Ruf des Wohnorts, die fehlende Infrastruktur und mangelnde kulturelle Einrichtungen (Schwedler, 2000:1) stellen nach Henry Rey, Forschungsdirektor am Zentrum für Studien des politischen Lebens in Frankreich (CEVIPOF), die Gründe für die problematische Entwicklung der Vorstädte dar.

Auch wenn die konkreten Gründe in den seltensten Fällen festzustellen sind und die Aufstände jeweils spontan und emotional zu entstehen scheinen, ist letztlich – wie in dieser Arbeit gezeigt werden soll - die gescheiterte Einwanderungspolitik ursächlich für die Revolten in den Großstädten.

Zu Beginn werde ich die zugrunde liegenden Begriffe dieser Arbeit von sozialer Ausgrenzung und Integration erläutern.

2. Ausgrenzung

Der Begriff „soziale Ausgrenzung“ steht für eine soziale Spaltungslinie, die nicht der Trennungslinie nach Klassen oder Schichten entspricht. Entscheidend ist nicht die ökonomische Stellung wie zum Beispiel bei der Klasse, sondern bedeutsam ist, an welcher Stelle im Beschäftigungssystem man steht: innerhalb, am Rand oder außerhalb. Ein solches Denken, das auch die „Exklusion“, das Ausgeschlossene, Ausgegrenzte kennt, liegt eine Sichtweise

von Gesellschaft zugrunde, für die „innen“ und „außen“ wichtige Kategorien sind. Nach diesem Kategorisierungssystem gibt es folglich mindestens drei Gruppen: die Gruppe innerhalb, die am Rand, und die außerhalb. Welcher Personenkreis besonders betroffen von Ausgrenzung ist, das heißt, welche Personen am wahrscheinlichsten zu der Gruppe „außerhalb“ gehören, hängt eng mit den historischen und institutionellen Voraussetzungen eines Landes zusammen (Kronauer, 1997:31).

Die Gruppe, die sich außerhalb oder am Rand befindet, wird in der Regel als nicht oder nicht vollständig integriert bezeichnet. Der Begriff Integration hat in diesem Zusammenhang verschiedene Dimensionen: eine ökonomische, eine politische, eine kulturelle und eine soziale Dimension. Dementsprechend haben Integrationsprozesse verschiedene Orte: den Betrieb, die politische Arena, Freizeitstätten, die Medien, die Schule. Wie diese Orte beschaffen sind, kann erheblichen Einfluss auf Erfolg oder Scheitern von Integration haben (Häußermann, Kronauer, Siebel, 2001:28). In dieser Arbeit werde ich versuchen, auf die verschiedenen Dimensionen der Integration einzugehen, indem ich drei Orte der Integrationsprozesse, hier die Schule, die Arbeit und die Politik, für die Bewohner der Pariser Banlieues aufzeigen werde.

2.1 Arten der Ausgrenzung

In den verschiedenen Orten zeigt sich die Ausgrenzung multidimensional, da Ausgrenzung ein vielseitiger Prozess ist. Er manifestiert sich in *ökonomischer, institutioneller, sozialer* und *kultureller Ausgrenzung*.

Mit *ökonomischer Ausgrenzung* ist der Verlust des Zugangs zum Arbeitsmarkt und einer gesellschaftlich anerkannten Rolle gemeint. Er äußert sich im Verlust von Einkommen und sozialem Ansehen und damit auch von Kontaktmöglichkeiten.

Institutionelle Ausgrenzung bedeutet den Verlust von sozialen Schutzrechten und Möglichkeiten der Interessenvertretung. Er geht einher mit einer

Benachteiligung in oder einem Ausschluss von der institutionellen Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen sowie einer einseitigen Abhängigkeit vom Wohlfahrtsstaat bei gleichzeitigem Statusverlust.

Soziale Ausgrenzung nennt man den Zustand oder Prozess sozialer Isolation durch die Verringerung der sozialen Kontakte bzw. der Einengung der sozialen Beziehungen auf ein homogenes Milieu mit geringer sozialer Reichweite und geringen Ressourcen.

Von *kultureller Ausgrenzung* spricht man bei der Diskriminierung kultureller bzw. ethnischer Eigenarten, wobei die Gruppe „innen“ die Gruppe „außen“ stigmatisiert, die sich dieser Stigmatisierung oder negativer Etikettierung auch bewusst ist. Der Grund für die Stigmatisierung ist oft eine abweichende normative Orientierung oder abweichende Verhaltensweisen – vom Blickwinkel der Integrierten, der Gruppe „innen“ betrachtet. Die Stigmatisierung geht einher mit dem Verlust von Möglichkeiten, sein Leben entsprechend den in einer Gesellschaft möglichen und allgemein anerkannten Lebenszielen zu gestalten (Häußermann, Kronauer, Siebel, 2004: 24).

2.2 Ausgrenzung in den Pariser cités

Ausgrenzung erfahren die Bewohner in den Vorstädten von Paris, insbesondere in der *cité*, die eine Art Viertel – ein städtisches Zentrum – innerhalb der Banlieue darstellt (Le dictionnaire encyclopedique de collèges, 1988:287).

Welche Gruppen nicht integriert sind, hat, wie eingangs erwähnt, auch mit den historischen Gegebenheiten Frankreichs zu tun. Im Folgenden soll die historische Entwicklung der Pariser Vorstädte gezeigt werden, da an ihrem Beispiel die Orte und Dimensionen sozialer Ausgrenzung gezeigt werden sollen.

3. Bevölkerungsstruktur und -entwicklung in den Pariser Banlieues

3.1 Die Anfänge: 50er- bis 70er-Jahre

Eine Reihe von Prozessen laufen in ähnlicher Weise in vielen Städten Europas ab, die von sozialen und ethnischen Spannungen charakterisiert sind (Lagrange, Oberti, 2006:18): Arbeitslosigkeit, das Scheitern und die Disqualifikation in der Schule, heruntergekommene Wohnungen und Wohngegenden, Segregation, Rassismus etc. Für diese Prozesse spielen historische Entwicklungen des Landes eine maßgebliche Rolle.

In Paris lebten in der Zeit der Industrialisierung breite Bevölkerungsschichten mit starkem Klassenbewusstsein. Die Bewohner waren zu dieser Zeit weder reicher noch glücklicher (Dubet, Lapeyronnie, 1994:52), jedoch war das Milieu anders strukturiert als heute. Der äußere Ring von Paris, in dem die Vororte liegen, wird als „Roter Gürtel“ bezeichnet. Rot bezieht sich dabei nicht nur auf die damaligen Hochburgen der Kommunistischen Partei, sondern vor allem auf die traditionelle Form der Organisation der Arbeiterklasse. Neben dem Klassenbewusstsein der Arbeiterklasse gab es ein solidarisches Netz von gewerkschaftlichen und städtischen Organisationen. Zudem bestand ein starker Zusammenschluss von Arbeit, Wohnen und öffentlichem Leben.

In den 50er-Jahren wurden die großen Sozialwohnungsblöcke in den Randzonen der Großstädte zwischen den Vierteln der Innenstadt und den Einfamilienhaus-Vororten erbaut, um die Wohnungsnot zu bekämpfen (**I**nformationen zur **p**olitischen **B**ildung Nr.285/ 2004:29; Im Folgenden: IPB). Zu Beginn waren diese Siedlungen der Inbegriff des modernen Wohnens. Diese Wohngebiete besaßen anfangs eine soziale Mischstruktur. Doch schon bald verließen die besser verdienenden Einwohner die Vorstädte, um in Einfamilienhäuser zu ziehen (Süddeutsche Zeitung vom 08.11.05: 13, Willms).

In den 60er-Jahren kamen nicht nur Italiener, Portugiesen und Spanier nach Frankreich, um die Wirtschaft wieder aufzubauen, sondern auch die Maghrebiner. Diese wurden von der französischen Gesellschaft aufgrund der in

Frankreich stark umstrittenen Dekolonisation gemieden und zu Bürgern zweiter Klasse erklärt und in Randzonen gedrängt (Lagrange, Oberti, 2006:25).

Auch die kulturelle Modernisierung in den 60er-Jahren brachte den ersten Bruch, und mit dem Niedergang der roten Vorstädte und deren Lebenswelt änderte sich das Verhalten der Jugendlichen (Dubet, Lapeyronnie, 1994:52). Die Jugend in Frankreich entwickelte sich zu einer eigenständigen Gruppe und grenzte sich von der älteren Generation ab. Während die Jugendlichen in der Zeit der roten Vorstädte eine verkürzte Schul- und Adoleszenzzeit besaßen, und ihr Lebensweg durch Ausbildung und Fabrikarbeit vorgezeichnet war, konnten die Jugendlichen bereits in den 50er-Jahren von einer längeren Schulzeit profitieren. Sie erfuhren dadurch eine verlängerte Sozialisation und hatten mehr Selbstbestimmungsmöglichkeiten, was zu einem kulturellen Riss zwischen den Alten und den Jungen führte (ebd., 1994:53).

3.2 Von der Wirtschaftskrise 1974 bis heute

In den 80er-Jahren kam es zu städtischer Ungleichheit und zu Unruhen. (Wacquant, 2004:151). Diese Unruhen und ihre Ursache, der Unterschied in der Sozialisation und ein Generationenkonflikt, hatten zur Folge, dass immer mehr wohlhabende Mieter aus diesen Wohnkomplexen wegzogen. Statt ihrer zogen verstärkt neue Einwanderer, die oft schon anwesenden Familienmitgliedern folgten, und sozial schwache Menschen ein. Die neue Bevölkerungsstruktur der Vorstädte bildete somit mit der Zeit keine einheitliche Gruppe mehr, wie das für das Arbeitermilieu noch zutraf (Dubet, Lapeyronnie, 1994:61). In der Folge lebte eine heterogene soziale Mischung in den Pariser Vorstädten. Diese soziale Mischung war jedoch nicht von langer Dauer, da Aufsteigerfamilien stets wegzogen und nur Ärmere nachzogen, auch, weil hier die erste Anlaufstation für Flüchtlinge vom nahe gelegenen Großflughafen war (Die Zeit vom 10.11.05:3, Mönninger).

Vor 1974 waren die Anwesenheit der Immigranten und der Familienzuzug der Immigranten für die Franzosen kaum ein Problem. Jedoch setze mit der

Wirtschaftskrise 1974 ein Umdenken ein – vor allem, weil der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften stark zurückging. Die Regierung beschloss, den Einwanderungsstrom zu stoppen. Doch dieser gesetzliche Stopp bewirkte das Gegenteil. Viele Immigranten, die sonst vielleicht nur befristet geblieben wären, ließen sich dauerhaft in Frankreich nieder und kehrten nicht in ihre Heimatländer zurück. Der prozentuale Anteil von Immigranten an der Gesamtbevölkerung stieg in den 80er-Jahren sprunghaft an.

Heute leben in Frankreich 4,1 Millionen Personen, die außerhalb der französischen Staatsgrenzen geboren wurden, und zehn Millionen Personen, die zwar in Frankreich geboren wurden, aber von einem eingewanderten Eltern- oder Großelternteil abstammen. Von den 100.000 Einwanderern, die 1990 aufgrund von Familienzusammenführung nach Frankreich kamen, stammen drei Viertel aus dem Maghreb oder der Türkei (Dubet, Lapeyronnie, 1994: 76). In den 70er- und 80er-Jahren sind viele Einwanderer aus den Innenstädten in die frei gewordenen Wohnungen in den Vorstädten gezogen. Heute lebt in den Vorstädten eine eingeschlossene ethnisch heterogen zusammengesetzte Bevölkerungsgruppe, für die rassische oder ethnische Kategorien wenig soziale Bindungskraft besitzen, da die kulturellen und migratorischen Bedingungen stark differieren. Das stärkste gemeinschaftsbildende Moment ist das der Ausgrenzung Richtung „innen“ bzw. Gesellschaft sowie der Rassismus, der ein Zusammengehörigkeitsgefühl und eine ethnicity herstellt (Dubet, Lapeyronnie, 1994:25).

Während jedoch Dubet / Lapeyronnie das Zusammengehörigkeitsgefühl, auch gestützt von Rassismus, in den Banlieues hervorheben und zu der Folgerung kommen, dass die Bewohner an ihrer Siedlung hängen, da sie hier vor Demütigungen sicher sind (Dubet, Lapeyronnie, 1994:104), ist Wacquant der Ansicht, dass die Bewohner der französischen Banlieues ein unmögliches Kollektiv bilden und kein Zusammengehörigkeitsgefühl entstehen kann, da sie untereinander gespalten sind und sich oft von den Bewohnern distanzieren. Sie beharrten darauf, nur zufällig in der Banlieue zu leben und sich daher bewusst von ihren Mitmenschen abgrenzen, um ihren Wert als Individuum zu behalten (Wacquant, 2004: 164),

Die Pariser Vorstädte sind nach Schwedler vor allem deshalb sozial und wirtschaftlich periphärisierte Quartiere (Schwedler, 2000:1), weil soziale Kontakte rar sind und die Bewohner kaum Chancen auf einen Arbeitsplatz haben. Allmählich sind die Trabantensiedlungen zu Sammelbecken der Armut geworden, in denen Menschen leben, die in schwierigen Lebenslagen stecken oder die aus dem Ausland kommen (IPB Nr.285/ 2004:29).

Diese Situation des Nebeneinanders der Einwohner, der fehlenden sozialen, ökonomischen, kulturellen und institutionellen Infrastruktur bei überproportionaler Armut und Arbeitslosigkeit ist, wie unten noch ausgeführt wird, ein schwerwiegendes Indiz für die verfehlte Integrationspolitik.

4. Dimensionen der Ausgrenzung

4.1 Räumliche Isolation

Einer der Gründe, weshalb die Integration in Frankreich gescheitert ist und die Einwohner aus den Pariser Vorstädten kaum eine Möglichkeit haben, sich in die Gesellschaft zu integrieren, ist die geographische Lage der Vorstädte. Die Siedlungen sind nur unzureichend an das öffentliche Transportnetz angeschlossen (Dubet, Lapeyronnie, 1994:6). Die Pariser *cités* sind daher vom Rest der Gesellschaft räumlich und sozial ausgegrenzt, aber es sind keine Ghettos. Unter dem Begriff Ghetto sei hier eine rassische oder kulturell einheitliche sozial-räumliche Formation gemeint, die auf eine gewaltsame Verbannung einer degradierten Bevölkerungsgruppe in ein bestimmtes Territorium absieht. Keine Vorstadt in Paris ist durch eine dominierende Gruppe geprägt, denn in Frankreich gibt es keine „hierarchische Segmentierung“ des Raums (Wacquant, 2004:194). Aufgrund der räumlichen Isolation haben die Bewohner der *cités* nicht die Möglichkeit, am Stadtleben teilzunehmen und resignieren daher in ihren Wohnsiedlungen. Die Vorstädte sind „graue, bis zu 20 Etagen hohe Sozialwohnungsblöcke“ (IPB Nr.285/

2004:29) einer unterprivilegierten heterogenen Gesellschaftsgruppe, die keine eigene Subkultur darstellt. Eine Subkultur meint „eine Gesamtheit von Verhaltens- und Wiedererkennungsregeln von ausreichender Stabilität […], um das Verhalten der Handelnden zu organisieren und zu strukturieren.“ (Dubet, Lapeyronnie, 1994:118). Die Menschen eint lediglich der verwehrte Zugang zum französischen Gesellschaftsleben (Häußermann, Kronauer, Siebel, 2004:28). In Frankreich existieren jedoch kaum Siedlungen mit einem Ausländeranteil von über 50 Prozent, so dass man sich vor Augen halten muss, dass auch die Vorstädte keine Ghettos von Ausländern darstellen können, sondern dass sich in ihnen eine große ethnische und nationale Vielfalt bewahren kann (Dubet, Lapeyronnie, 1994:78). Aufgrund des unbestritten starken Immigrantenanteils und der sozialen Probleme werden die *cités* von den Bewohnern der umliegenden Viertel dennoch als Ghettos wahrgenommen. Gerät eine Banlieue in Verruf, werden dafür vor allem Ausländer verantwortlich gemacht (ebd., 1994:78). Nach einer Untersuchung von 28 Problemgebieten im Großraum Paris wurde ein hoher Prozentsatz an überdurchschnittlich großen Familien und Familien mit nur einem Elternteil festgestellt. Zudem zeigte die Untersuchung einen hohen Prozentsatz an Wohnungen mit schlechter Qualität und einem allgemein niedrigem Lebensstandard[1]. Der schlechte Ruf der Banlieues und die Ängste vor den Siedlungen verstärken die Isolation, so dass sich die sozialen Probleme in den Siedlungen häufen und die Viertel sich in „regelrechte Abschiebesektoren und städtischen Randzonen“ verwandeln (Dubet, Lapeyronnie, 1994: 79). Aufgrund der raren sozialen Kontakte im eigenen Vorort und dem mangelnden Sozialkontakt zu Bewohnern der Innenstadt sind die Bewohner, vor allem die Jugendlichen, nicht integriert und erleben die soziale Ausgrenzung alltäglich.

[1] N. Tabard, I. Aldeghi, Développement social des quartiers: les sites concernés et leurs caractéristiques socio-économiques par rapport aux autres communes de France ou aux autres quartiers de L`Ile-de-France, Paris, CREDEC, 1988

4.2 Dimensionen der Ausgrenzung in La Courneuve

Die Pariser *cité* La Courneuve, auch Quatre mille genannt, die 36.000 Einwohner hat, liegt im Nordosten von Paris. Sie ist eine der berüchtigsten *cités* und wird von den Medien als Ort der Rechtslosen bezeichnet, den sogar die Polizei meide. Die Siedlung wird von den Bewohnern des Quatre mille selbst als „Müllkippe von Paris“ bezeichnet. Die Bewohner leben dort mit dem Bewusstsein, in einem wertlosen Raum zu wohnen und lehnen das Quatre mille als Wohnort ab (Wacquant, 2004: 155). Soziale Ausgrenzung scheint dort allgegenwärtig, da die Bewohner des Quatre mille auf Grund des Rufs von der Gesellschaft gemieden werden und kein Kontakt nach außen besteht.

Doch obwohl die *cité* von Bewohnern und Behörden als „leerer Raum“ wahrgenommen wird, der es an den nötigsten Grundeinrichtungen mangele, sind staatliche Institutionen vor Ort (ebd., 2004:155).

In der Siedlung befinden sich mehrere Kindergärten und Grundschulen; selbst zwei Gymnasien befinden sich direkt neben der *cité*. Zudem sind Gesundheits- und soziale Dienste vertreten, sowie acht Verwaltungsbüros, ein Einkommensteuerbüro und ein Informationszentrum über die Rechte von Frauen.

Auch eine Vielfalt von kulturellen Einrichtungen kann man in Quatre mille finden, wie zum Beispiel das *Houdremont-Kulturzentrum*, in dem Musik und beliebte Workshops stattfinden. Trotz der vielen Verbände, Anlaufstellen und Klubs findet man an den Einrichtungen Graffiti und Beschriftungen in *verlan*, dem Slang der Jugendlichen der Banlieues (Wacquant, 2004:178).

Ein möglicher Grund für diesen Zustand ist die große Anzahl von Jugendlichen, die fast die Hälfte der Bewohner unter 20 Jahren ausmacht; die hohe Arbeitslosigkeit und der Mangel an Sport- und Freizeiteinrichtungen in der *cité*. Ein weiterer Grund könnte auch sein, dass trotz der hohen Dichte formeller Einrichtungen die lokalen und staatlichen Beamten ineffektiv und gleichgültig arbeiten und dadurch stigmatisierend wirken. Ein Beamter gibt zu: „Man fühlt sich nicht geehrt, für die Seine-Saint-Denis eingestellt zu werden: Für einen Beamten bedeutet eine Versetzung dorthin das gleich wie bestraft oder aufs Abstellgleis gestellt zu werden.“ (ebd., 2004:179).

Das negative Ansehen des Ortes und der Bewohner verhindert, dass sich letztere sozial integrieren können und führt zu einer Spirale der Stigmatisierung. Die Bewohner leben kulturell ausgegrenzt, da sie eine negative Etikettierung haben und sich dessen auch bewusst sind. Vor allem wissen die Jugendlichen, dass sie nicht die allgemein anerkannten Lebensziele der Gesellschaft erreichen können. Die Politik hat es nicht geschafft, der Ausgrenzung entgegen zu wirken und eine Grundlage für eine Integration zu schaffen. Der Ruf der *cité* ist von außen und von innen degradiert, so dass für die Bewohner der *cité* La Courneuve keine Integration in die Gesellschaft möglich ist.

4.3 Zerrissene Identität

Die Pariser Banlieues bilden die unterste Stufe des sozialen Wohnungsbaus Frankreichs und weisen einen kontinuierlichen materiellen und demographischen Verfall auf. Mit diesen Vorstädten werden Delinquenz, Immigration und Unsicherheit so stark assoziiert, dass sie von Außenstehenden und von den Bewohnern „Kleine Chicagos“ genannt werden (Wacquant, 2004:154). Die verbale und körperliche Gewalt und der Vandalismus, die in den Vorstädten immer wieder vorkommen, müssen als Antwort auf die „Verbannung an eine[n] diffamierten Ort“ (Wacquant, 2004:156) verstanden werden. Denn „In Frankreich verbindet sich das soziale Draußen mit dem räumlichen Draußen“ (Häußermann, Die Zeit, 10.11.2005), da die Stadt Paris ihre sozialen Probleme in die Vorstädte exportiert hat, in denen die Arbeits- und Hoffnungslosigkeit lebt und „Hass und Aggression“ (ebd., 2005:46) regieren.

Jedoch ist nicht jede Form sozialer Ausgrenzung ein soziales Problem. Es kommt darauf an, ob die Bewohner freiwillig oder erzwungenermaßen in diesen Siedlungen leben. Ein Ort mit ethnischen Ballungen kann für Zuwanderer gleicher Nationalität zunächst als Schutzraum und Überbrückungsunterkunft dienen, um sich mit der Zeit zu integrieren.

Andererseits kann es dabei auch schnell zu einer erzwungenen Isolation kommen, wenn eine Integration in die Aufnahmegesellschaft scheitert und man in der Siedlung gefangen bleibt (Häußermann, Kronauer, Siebel, 2004:27).

In Frankreich sind etwa 70 Prozent der Jugendlichen aus Einwandererfamilien in Frankreich geboren und somit französische Staatsbürger nach dem Staatsgrundsatz des Ius Soli: Alle Personen, die auf französischem Territorium geboren werden, erhalten die französische Staatsangehörigkeit. Obwohl sich die meisten Einwanderer als integriert ansehen und sich dem französischen Gesellschaftsleben anpassen wollen, stecken sie immer in einem Integrationsprozess, in dem einige Gruppen es schwerer haben und auf größere Hindernisse stoßen als andere (Dubet, Lapeyronnie, 1994:130). Die jugendlichen Einwandererkinder fühlen sich nicht als Einwanderer und wollen diesem Status nicht zugeordnet werden, da sie sich an der französischen Gesellschaft orientieren (ebd., 1994:132). Sie streben nach dem französischen Lebensstandard und werfen die Traditionen ihrer Eltern völlig ab (ebd., 1994:135). Die maghrebinischen Jugendlichen zum Beispiel stehen der französischen Kultur und deren Werten viel näher als der Kultur ihrer Eltern. Sie identifizieren sich kaum mit dem Heimatland der Eltern und sprechen die Heimatsprache der Eltern meistens nur schlecht. Sie haben die Kultur ihrer Vorfahren hinter sich gelassen. Untersuchungen haben ergeben, dass sie sich mit den Normen und Werten der Aufnahmegesellschaft stärker identifizieren als andere Jugendliche[1](Dubet, Lapeyronnie, 1994:119). Die Jugendlichen sind entwurzelt, wobei es keine Rolle spielt, ob es sich um Franzosen oder Immigranten handelt. Beide leben in einer instabilen Lebenswelt, in der es auf kulturelle Unterschiede nicht ankommt (ebd., 1994:119). Sie haben neben der sozialen Ausgrenzung ein weitaus schweres Problem, nämlich das ihrer Identität. Diese Jugendlichen sind nicht zwischen zwei Ländern hin- und hergerissen. Sie können sich weder mit dem einen noch mit dem anderen Land identifizieren. Frankreich ist ihre Heimat, doch das Land erkennt sie nicht an (Die Zeit vom 10.11.2005, Jelloun). Da die französische Gesellschaft die Bewohner der Banlieues nicht an dem gesellschaftlichen Leben teilnehmen

[1] Vgl. H. Malewska-Peyre, Crise d`identité et problèmes de deviance chez les jeunes immigrés, Vaucresson, CRFES, 1982

lässt und sie an die Ränder der Stadt unterbringt, kann man von einer erzwungenen Ausgrenzung sprechen.

Auch wenn die kulturelle Integration der Jugendlichen aus dem Maghreb bereits abgeschlossen ist und sie als weitgehend assimiliert gelten (Dubet, Lapeyronnie, 1994:134), werden vor allem die maghrebinischen Jugendlichen in der französischen Bevölkerung als *galère* identifiziert und erleben ihre soziale Ausgrenzung daher noch stärker als andere Einwanderer. Der Begriff *galère* wird von Dubet und Lapeyronnie nicht übersetzt, kommt aber von der Galeere, dem mittelalterlichen und frühneuzeitlichen Ruderkriegsschiff, auf dem Straftäter in schweren Eisenketten als Ruderer ihre Strafe „abarbeiteten" – jedoch meistens aufgrund der harten Bedingungen starben. (Wikipedia, 02.08.06).

Das Leben als *galérien* wird von den meisten Jugendlichen in den Pariser *cités* als zusammenhangslos, kaputt und anarchisch beschrieben (Dubet, Lapeyronnie, 1994:104). Sie nehmen außerhalb ihres Freundeskreises keine festen Regeln mehr wahr. Die Jugendlichen bezeichnen sich als *galérien*, was bedeutet, nicht zu wissen, was man mit seiner Zeit anfangen soll. Es existiert keine feste und beständige Lebensform mit Normen und Regeln, sondern ein Leben mit flüchtigen Beziehungen und Gelegenheitsjobs. Sie wissen nichts mit sich anzufangen und leben in Unbestimmtheit (ebd., 1994:103). Die *galère*-Situation ist jedoch für junge Franzosen genauso typisch wie für jugendliche Einwandererkinder, so dass kein signifikanter Unterschied festzustellen ist (ebd., 1994:133). Die *galère* ist keine Subkultur und folgt auch keiner Tradition. Es ist ein „Zersetzungsprozess" (ebd., 1994:119), der vor allem bei jugendlichen Immigranten deutlich wird.

4.4 Das Phänomen der galère

Im Jahr 1990 haben 42 Prozent der Franzosen zugegeben, dass ihnen die Maghrebiner unsympathisch seien und dass deren Integration schwierig sei, da die Lebensweise der Maghrebiner zu verschieden sei. 70 Prozent der Franzosen waren der Ansicht, dass sich zu viele Araber bzw. Muslime in Frankreich aufhalten (Dubet, Lapeyronnie 1994:137). Die Franzosen sehen sie aufgrund ihrer Verhaltensweisen und Einstellungen nicht als integrierbar an. (ebd., 1994:146). Da sie von der französischen Gesellschaft ausgegrenzt und nicht integriert werden, definieren sich die Vorstadtjugendlichen über ihre *galère*-Situation. Ihre Identität besteht aus ihrer gesellschaftlichen Isolierung, der degradierten und baufälligen Wohnviertel und in der permanenten Überwachung durch die Polizei (ebd., 1994:147).

Da diese Siedlungen keinen solidarischen Halt geben und einen schlechten Ruf haben, empfinden die Jugendlichen ihre Situation als Schande und erleben persönliches Scheitern als eigenes Versagen. Sie ziehen sich zurück, werden apathisch, verleugnen sich selbst und geben nach langer Zeit die Suche nach einem Arbeitsplatz auf (ebd., 1994:111). Mit Rapmusik versuchen sich die Jugendlichen über die Missstände in den *cités* Gehör zu verschaffen, wobei ein anklagender Ton vorherrscht. Aspekte wie Armut, Arbeitslosigkeit oder Schulversagen werden dabei weniger angesprochen; im Mittelpunkt stehen vielmehr Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (ebd., 1994:182), politische Botschaften werden ausgespart.

Das Leben in der *galère* macht die Straßen in den *cités* vor allem für die jungen Maghrebiner und Schwarzafrikaner zu einem Ort der gemeinsamen Sozialisierung (Lagrange, Oberti, 2006:82). Die Enge und die Armut des Zuhauses drängen die Jungen nach draußen, während die Mädchen meistens mehr in ihre Bildung investieren um einen Ausweg aus den familiären Traditionen zu finden, denn die Schule ist ihr einziger Weg zur Emanzipation (ebd., 2006:82). Oft teilen sie sich ein Zimmer mit zwei bis drei Geschwistern. Die Jugendlichen mit geringer Schulbildung und mangelnden Chancen auf dem Arbeitsmarkt finden sich oft auf der Straße ein und geraten somit häufig in ein kriminelles Milieu hinein (ebd., 2006:83). Denn auf der Straße dreht sich alles

um die Ehre, die Verilität, das Geld, die Bekleidung, die Überlebenskunst und die kleinen Delikte, die Konfrontationen mit der Polizei, das gelegentliche konsumieren von Canabis und die Rapmusik (ebd., 2006:148).

Diskriminierung, kulturelle und soziale Ausgrenzung erfahren vor allem die jugendlichen Einwandererkinder, die von der französischen Gesellschaft auch *Beur* genannt werden, täglich. Der Begriff *Beur* wird in der Umgangssprache benutzt, bezieht sich auf ausländische Jugendliche und ist abwertend gemeint, wobei die französische Bevölkerung meistens Araber und Maghrebiner meint (Dubet, Lapeyronnie, 1994:138). *Beur* ist ein *Verlan*-Ausdruck für *Arabe* (Araber). Er bezeichnet die Kinder der maghrebinischen Immigranten in Frankreich, die entweder als Kinder nach Frankreich gekommen sind oder dort bereits in zweiter Generation geboren wurden (Wikipedia, 02.08.06). Der *Beur* fühlt sich in seiner Vorstadt vollständig assimiliert, und die *Beur*-Kultur ist ein Ausdruck der besonderen Situation der Vorstadtjugendlichen. Mit ihr soll die Zugehörigkeit zur französischen Masse gezeigt werden. Sie besteht aus keiner homogenen Gruppe (Dubet, Lapeyronnie, 1994:134). Die *Beur* sind „Gefangene eines Klischees, das ihnen eine Identität überstülpt, die gar nicht ihre eigene ist." (ebd., 1994:147) Die Gesellschaft sieht die *Beur* nicht als eigenständige Personen, sondern ordnet sie einer Kultur und Rasse zu. Der Islam wird als Bedrohung in der französischen Gesellschaft gesehen, und die Lebensart der Maghrebiner wird abgelehnt, weil sie zu traditionalistisch sei und die Frauen benachteilige (ebd., 1994:147).

Jedoch werden nicht nur die Einwandererkinder diskriminiert, sondern auch die französischen Jugendlichen aus dem gleichen Milieu, denn beide Gruppen teilen die Erfahrung, sozial ausgegrenzt zu werden und in der *galère* zu leben (ebd., 1994:136). Ohne jegliche Aussichten auf eine Arbeit und die Integration ins gesellschaftliche Leben, entsteht aus der *galère* eine unorganisierte, ziellose Gewalt, die sich zu einer „ohnmächtigen Wut" (ebd., 1994:162) zusammenballt. Von außen existiert die Wahrnehmung von einem *galérien* als Krimineller, der Unruhe stiftet und gewalttätig ist.

Die Gesellschaft wird von den Jugendlichen aus den *cités* als Dschungel beschrieben, in dem jeder jeden ausnutzt. Ohne Klassenbewusstsein und solidarischen Halt stehen die Ausgegrenzten der Gesellschaft einzeln

gegenüber und sehen keinen Sinn mehr in ihr (Dubet, Lapeyronnie, 1994:113). Die Jugendlichen aus den Pariser *cités* lassen sich nur noch von ihren Gefühlen leiten, so dass „Wut zum Handlungsmotiv“ (ebd., 1994:113) wird und alles Fremde und eigene um sie herum zerschlagen und zerstört wird. Die Wut der Jugendlichen hat dabei keinen gesellschaftlichen bestimmten Gegner, sondern richtet sich meistens auf das eigene Umfeld. In der *galère* existieren die Apathie, Kriminalität und Unruhe nicht getrennt voneinander, sondern nebeneinander, denn die Jugendlichen sind meist alles zugleich (ebd., 1994:118).

Die Jugendlichen, die am häufigsten straffällig werden, sind meistens die am weitesten kulturell assimilierten. Sie wollen von der Gesellschaft akzeptiert und integriert werden und ein ähnliches Leben führen wie der Rest der Gesellschaft. Da die Gesellschaft dies nicht zulässt, resignieren sie und sind frustriert. Sie leben in der *galère,* werden kriminell und revoltieren, weil sie die Erfahrung machen, keinen Zugang zur Gesellschaft zu finden (ebd., 1994:136). Der sichtbarste Ausdruck für die Frustration und Haltlosigkeit der Jugendlichen sind die Krawalle in den *cités* der Banlieues.

4.5 Die Unruhen in den Pariser cités

Diese Unruhen basieren nicht nur von den Folgen von Armut und Randständigkeit, sondern entstehen meistens aufgrund der Provokation der Polizei, worauf später genauer eingegangen werden soll (Dubet, Lapeyronnie, 1994:165). Nach Aussagen von Jugendlichen sind Rassismus und Diskriminierung durch die Polizei alltäglich. Aus Untersuchungen über die Polizei geht hervor, dass die einzelnen Polizisten die Gegenversion vertreten. Sie haben das Gefühl, immer die Beleidigungen und Feindseligkeiten hinnehmen zu müssen, während die Jugendlichen von einem nachsichtigen Staat in Schutz genommen würden und die Polizei zu „Prügelknaben der Nation“ (ebd., 1994:167) degradiert würde. Bei Unruhen in den Vorstädten werden die Bewohner solidarisch und sehen die Polizei als „gemeinsamen

Feind“ an (ebd., 1994:168). Ganz unterschiedliche Gruppen kommen zusammen, die sich sonst meiden - wie z.B. Zigeuner und Nordafrikaner, die sich nur zusammentun, um gegen die Polizei eine Einheit zu bilden. Die Jugendlichen zerstören ihr eigenes Viertel und erinnern an „Gefängnisrevolten, bei denen Häftlinge ihre Zellen in Brand stecken“ (ebd., 1994:169). Sie demolieren Bushaltestellen, Schulen und Fürsorgeeinrichtungen. Es existiert eine „Art Hass und Wut, ähnlich dem Gewaltausbruch des Häftlings gegen seine eigene Umgebung.“ (ebd., 1994:169).

Die Bewohner, insbesondere die Jugendlichen, zeigen, dass dies nicht der Ort ist, wo sie leben wollen. Die Krawalle scheinen für die Bewohner die einzig mögliche Aktionsform, um sich Aufmerksamkeit von Staat und Gesellschaft zu verschaffen. Auch wenn man in den 90er-Jahren die Aufrührer vor allem in den islamistisch geprägten Banlieues fand, so waren diese Banlieues bei den Revolten im November 2005 kaum vertreten (Lagrange, Oberti, 2006:57). Der Islam kann somit als Hauptantrieb ausgeschlossen werden.

Am 27. Oktober 2005 wurden in der Pariser Banlieue Clichy zwei minderjährige Jungen von der Polizei verfolgt und flüchteten dabei in ein Transformatorenhäuschen, in dem sie an schweren Stromstößen starben. Dieser Unfall löste eine Revolte in den Pariser *Banlieues* und bald in ganz Frankreich aus. Bei dieser Revolte im November 2005 waren die Aufrührer, die vor allem Autos und öffentliche Einrichtungen zerstörten, im Schnitt zwischen 15 und 20 Jahre alt. Sie konnten keine Allianzen mit den Älteren bilden, und auch die Gleichaltrigen, die es in der Schule weiter gebracht hatten, ließen sich von ihnen nicht dazu bewegen, bei den Revolten mit zu machen (ebd., 2006:58). Die Jugendlichen revoltieren vor allem, weil sie von ihrer Lebenssituation frustriert sind, da sie einerseits von der Gesellschaft ausgegrenzt werden und andererseits auch in ihrer *cité* distanziert und abgegrenzt von ihren Mitmenschen leben (Dubet, Lapeyronnie, 1994:129). Sie revoltieren, weil ihr Leben haltlos, ziellos und unberechenbar ist und zusätzlich durch das Gefühl der Ausgrenzung belastet ist. Der Ruf der eigenen Siedlung und die verächtlichen Blicke und Redeweisungen von Außenstehenden unterstützen dieses Gefühl (ebd., 1994:106). Die Jugendlichen, die bei den Revolten aktiv sind und Autos und öffentliche Einrichtungen zerstören, empfinden sich vor allem ins Abseits gedrängt und fühlen sich ausgegrenzt und ausgestoßen (ebd.,

1994:110). Sie wissen, dass sie von der Gesellschaft gemieden werden; die darüber empfundene Schande schlägt jedoch schnell in Stolz um. Um den Ruf ihrer Siedlung zu festigen, werden sie kriminell und legen sich mit der Polizei an (ebd., 1994:106).

Die Revolten entstehen laut Lapeyronnie aufgrund von Faktoren wie niedrige Schulabschlüsse, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, die sich auf diese *cités* richten, und zeigen, „wie drückend das Gefühl sein muss, ausgegrenzt zu sein, zumal keine Ghettokultur existiert“ (ebd., 1994:108).

Frankreich erlebt durch die Revolten in den Pariser Vorstädten einen Aufstand der Unterdrückten, der Ausgegrenzten und der Rechtslosen. Die Jugend der französischen Vorstädte kennt ihre Rechte und ihren Status als Staatsbürger, der untrennbar verbunden ist mit dem republikanischen Versprechen von Gleichheit und Brüderlichkeit. Diese Generation nimmt dieses Versprechen ernst und will sich nicht damit begnügen, in einer Parallelgesellschaft zu leben und von der französischen Gesellschaft ausgeschlossen zu sein. Da sie jedoch von Staat und Gesellschaft ignoriert werden, sehen sie nur noch durch Revolten die Möglichkeit, Aufmerksamkeit zu erlangen. Der Kriminologe Alain Bauer hält die Immigrantenkinder für „weit besser ins französische Wertesystem integriert als man von außen vermutet“, weshalb man fast von einem Drama der gelungenen Integration sprechen könnte (Die Zeit vom 10.11.05, Mönninger).

Aufgrund der immer wiederkehrenden Revolten, wird deutlich, dass die Politik nicht genug daran getan hat, den Bewohnern zu helfen und ihnen bei der Aufnahme in die Gesellschaft zu unterstützen.

4.6 Maßnahmen gegen die Revolten in den Pariser cités

Aufgrund der prekären Situationen in den Pariser cités entwickelten sich in den 80er-Jahren aus Eigeninitiativen Hilfsorganisationen, wie *SOS – Racisme*, die zum Ziel hatte, die Einwanderer bei der Integration zu unterstützen, wie zum Beispiel bei der Unterstützung der Wohnungssuche, bei öffentlichen

Einrichtungen oder in der Schule (Lagrange, Oberti, 2006:52). Vor allem die Maghrebiner benötigten Unterstützung, da sie in den 80er-Jahren aus den genannten Gründen von der französischen Gesellschaft ausgestoßen wurden.

Weiterhin hatten Soziologen vorgeschlagen, mehr soziale Mischung in die Wohnorte zu bringen, was bedeutete, Sozialwohnungen auf alle Kommunen zu verteilen (ebd., 2006:112). Daraufhin wurde das Projekt *demolition-reconstruction* gestartet. Es sollte von 2004 bis 2008 realisiert werden und wird durch ein Gesetz vom 18. Januar 2005 unterstützt. Die Zonen, die für dieses Projekt ausgesucht wurden, sind diejenigen, die einen hohen Prozentsatz – ca. 70 Prozent – an Sozialbauten aufweisen und deren freistehende Wohnflächen etwa zehn Prozent (ebd., 2006:112) betragen. Die Folge war, dass viele Familien aus ihren Wohnungen herausgerissen und für unbestimmte Zeit in freistehende Sozialwohnungen untergebracht wurden und noch immer werden, was viele Jugendliche als Zwangsentwurzelung empfinden, und was ihre Frustration noch steigert (ebd., 2006:113).

Für Lagrange ist dieses Entwurzelungsphänomen einer der Gründe für die Unruhen im November 2005, da eine Korrelation zwischen der Geographie der Unruhen und der Geographie der Projekte bestehe (ebd., 2006:113).

Die Orte, in denen die Unruhen aufkommen, haben auffällige Gemeinsamkeiten. Sie haben gemeinsam, dass dort besonders viele Großfamilien, das heißt in Familien mit sechs oder mehr Personen, leben. Zudem ist in den Unruheorten die Jugendarbeitslosigkeit besonders hoch, und die Projekte *ZUS (Zone urbaine sensible)* und *demolition-reconstruction* werden dort verwirklicht (ebd., 2006:114). Diese vier Kriterien sind in 79 Prozent der *cités* wieder zu finden. Die Unruhen in dem Pariser Département Seine-St. Denis liefen während der Zeit der Aufstände im November 2005 unterschiedlich ab: Je nachdem, wie gut die Sozialarbeit mit den Jugendlichen in den Kommunen funktionierte, ist es mehr oder weniger ruhig geblieben. In der Banlieue St. Denis bestehen Schwierigkeiten mit den Jugendlichen und starke Probleme im sozialen Bereich; trotzdem ist es in der Kommune relativ ruhig geblieben, weil der Bürgermeister alteingesessen ist und sich vollkommen für die Bevölkerung eingesetzt hat (ebd., 2006:127). Im Gegensatz dazu ist es in die Banlieue Blanc-Mesnil, die auch eine Kommune in

Seine-St. Denis ist, eskaliert. Als Grund nehmen Lagrange / Oberti die unzureichende Sozialarbeit an: Nur zwei Sozialarbeiter sind dort für mehrere 1000 Einwohner da.

4.7 Wohnungs-Gesetzgebung

Außer den genannten Projekten wurde auch ein Gesetz verabschiedet, das der Ausgrenzung entgegen wirken soll, da die Politik der sozialen Wohnung, die seit 20 Jahren geführt wird, gescheitert ist. Dieses Gesetz heißt *Solidarité et Renouvellement urbains* (Städtische Solidarität und Erneuerung). Es wurde im Jahre 2000 verabschiedet und besagt, dass jede Stadt oder Kommune einen Mindestprozentsatz von 20 Prozent an sozialer Wohnfläche bieten soll (Lagrange, Oberti, 2006:177). Die besser situierten Kommunen wurden in der Folge beschuldigt, diesem Gesetz nicht folge zu leisten. Denn keine der Kommunen in der Ile-de–France, die insgesamt weniger als 5 Prozent an Sozialbauten hat, begann in den letzten drei Jahren mit dem Sozialbau (ebd., 2006:198). Viele Kommunen können dies aber auch nicht verwirklichen, da die ganze bewohnbare Fläche schon bebaut ist. Zudem können sich die Kommunen die Rechte zur „Nicht-Vermischung“ erkaufen, so dass es in der wohl situierten Pariser Kommune Neuilly bis zum heutigen Tage nur 2,6 Prozent Sozialbauten gibt (ebd., 2006:200). Das Gesetz sollte zur Solidarität zu zwingen, da die Integrationspolitik versagt hat (ebd., 2006:186). Die Ambition dieser Erneuerung war die Modifikation des Angebots der Wohneinheiten. Angestrebt wurde die „klassische“ Stadt (ebd., 2006:186f.), also kleinere Wohneinheiten, die auf größerer Fläche verteilt sind. Es sollte auch bewirken, dass die Wohnungen wieder attraktiver werden, um den Wegzug besser Verdienender zu vermeiden und den Zuzug anzureizen. Ziel dabei war eine soziale Mischung der Bewohner. Dafür sollten beispielsweise die Bewohner, die in den abgerissenen Sozialbauten wohnte, wieder in andere Kommunen

verteilt werden. Zudem sollte vermieden werden, dass zu viele Sozialbauten in einem Bereich gebaut würden, so dass Gruppenphänomene und Ghettoisierung verhindert werden könnten. Schließlich sollten auch in den besser situierten Kommunen Sozialbauten gebaut werden (ebd., 2006:188).

Praktisch funktioniert diese Planung nicht. Es wird schneller abgerissen als wieder aufgebaut, somit ist das neue Übergangsquartier eine schon bestehende Sozialwohnung. Zum anderen sind diese nicht den Bedürfnissen der Familien angepasst. Obwohl gerade Großraumwohnungen von Nöten sind, werden diese am seltensten neu gebaut (ebd., 2006:189). Da es Großraumwohnungen meistens nur noch in den *ZUS (Zones urbaines sensibles)* gibt und vor allem zu günstigeren Preisen, ziehen Großfamilien immer wieder in die benachteiligten Zonen (ebd., 2006:189). Die neuen Sozialwohnungen sind, auch wenn sie kleiner sind als die alten Wohnungen, teurer (ebd., 2006:192) – dementsprechend haben ärmere Familien kaum eine Chance, sich diese zu leisten.

Die Politik konnte sich bei diesem Programm nicht durchsetzen, so dass auch auf diesem Weg keine Integration der Bewohner der *cités* gefördert werden konnte.

5. Soziale Ausgrenzung im Bereich Schule

5.1 Integration in der Schule

Die Schule ist ein wichtiger Integrationsfaktor, denn sie bietet jedem Kind über den Unterricht hinaus die Möglichkeit, sich in die Gesellschaft einzugliedern und sich zu assimilieren (Dubet, Lapeyronnie, 1994:83). Die öffentliche laizistische Schule ist gedacht als eine Institution, die die soziale Integration sichern soll (Lagrange, Oberti, 2006:19). Sie soll die Gleichheit der Chancen für jeden unbeachtet seiner sozialen oder religiösen Herkunft garantieren.

Betrachtet man die Schule, so wird erkennbar, dass sie ihre traditionelle Form nicht mehr beibehalten konnte und sich seit der Industrialisierung stark verändert hat. Während es früher nur wenige unterschiedliche Schulabschlüsse gab und die meisten Kinder die Schule nach einigen wenigen Klassen wieder verließen, um eine Arbeit aufzunehmen, die man damals relativ unabhängig von der Schulbildung bekam, hat sich die Schulzeit bis heute verlängert, und es existieren auch mehr Schulabschlüsse. Die Abschlüsse spielen auf dem heutigen Arbeitsmarkt auch eine größere Rolle als früher. Ein Schüler, der zu den begehrten Schulzweigen keinen Zugang hat und in einen entwerteten Ausbildungszweig muss, empfindet dies als unnütz und entwürdigend. Die Schule verliert somit an der traditionellen Integrationsfunktion und wird zum „Vorspiel von sozialer Ausgrenzung" (Dubet, Lapeyronnie, 1994:30f). Dubet und Lapeyronnie betonen jedoch, dass trotz der so genannten „Vermassung" der Schule und deren Ungerechtigkeit der Schüler für sein Fortkommen selbst verantwortlich gemacht werden kann, da zu Schulbeginn alle die gleichen Chancen hätten (ebd., 1994:32).

Zahlreiche Untersuchungen haben ergeben, dass Immigrantenkinder in der Schule häufig besser abschneiden als Franzosen aus der gleichen sozialen Schicht. Vor allem maghrebinische Kinder streben einen höheren Schulabschluss an (Lagrange, Oberti, 2006:84). Trotz höherer Schulabschlüsse werden die Schulabgänger jedoch ausgegrenzt. Nach Angaben des Sozialministeriums Frankreichs haben 7,5 Prozent der Sozialhilfeempfänger Abitur oder Hochschulabschluss (Dubet, Lapeyronnie, 1994:11). Nur ein Drittel der Jugendlichen ist zwei Jahre nach Schulabgang beruflich integriert (ebd., 1994:34). Die geringe Bildung ist dennoch ein Kernproblem in den *cités*. In Frankreich gibt es jährlich etwa 120.000 Schulabgänger ohne Abschluss (ebd., 1994:31), und die Jugendlichen aus den Vororten stellen die Mehrheit der jährlich etwa 100.000 Schüler da, die keinen Schulabschluss haben; sie bilden darüber hinaus die weitaus größte Gruppe mit dem Berufsabschluss *CAP (Certificat d`aptitude professionnelle)*, mit dem man kaum Aussichten auf Beschäftigung hat (ebd., 1994:108). Man findet die ausländischen Jugendlichen oft in niedrig qualifizierten Lehrgängen (ebd., 1994:135). Besonders zahlreich sind in den kurzen und technischen Bildungsgängen Jugendliche aus dem Maghreb. Das Bildungsniveau wird tatsächlich stärker

durch soziale als durch ethnische Herkunft determiniert (ebd., 1994:135). Die Jugendlichen, vor allem die Maghrebiner, die es nicht geschafft haben, die Schullaufbahn zu beenden, die sie sich gewünscht haben, empfinden sich als stigmatisiert. Sie führen ihr Scheitern, den Schul- oder Ausbildungsabschluss zu erhalten, den sie erstrebt haben, auf Diskriminierung aufgrund ihrer ethnischen Herkunft zurück (Lagrange, Oberti, 2006:92). Sie denken, dass die Schule sie in ihrer Laufbahn blockiert hat. In erster Linie sind es jedoch die Anzahl der Geschwister und die Enge der Wohnung, die hemmend wirken, da sie keine guten Voraussetzungen für das Lernen schaffen. Gerade die Lehrer wissen, dass die Schülerschaft aus benachteiligten Milieus kommt und nur sehr schwer Unterstützung, Raum und Ruhe für das Lernen findet (ebd., 2006:154). Um den Verpflichtungen und Einengungen der Familie zu entkommen, wenden sie sich von der Schule ab und versuchen, schnell einen Job zu finden (ebd., 2006:93).

Einerseits ist die Schule die Institution, in der alles möglich erscheint, andererseits wird sie auch als ausschließend, entwertend und bloßstellend empfunden (ebd., 2006:147). Durch das lokalisierte Rekrutieren reflektiert die Schule das soziale Profil der *cité* und verschärft es sogar manchmal (ebd., 2006:148). Dafür mitverantwortlich ist das System der *carte scolaire*. Das bedeutet, dass die Schule je nach Wohnort aufgesucht wird, womit eine soziale Mischung in den fraglichen Banlieues in der Regel ausbleibt (ebd., 2006:158f.). Für viele Jugendliche wird dies zu einem schweren Handicap, denn das Gefühl überwiegt, dass sie im Spiel um die Zukunft mit geringeren Chancen als andere Jugendliche starten. Die Schule verliert daher an Glaubwürdigkeit und wird immer weniger als privilegierter Weg der sozialen Möglichkeiten gesehen, sondern immer mehr als ein erbarmungsloses Räderwerk. Selbst diejenigen, die das Spiel mitspielen, viel opfern und arbeiten, müssen am Ende um soziale Integration kämpfen (ebd., 2006:149). Die guten Schüler, jedoch die wenigsten, werden in bessere, auch sozial gemischte Schulen geschickt (ebd., 2006:152). Diese Schüler werden jedoch aus ihrem sozialen Umfeld herausgerissen. Dadurch sind sie im Zwiespalt: Sie müssen sich entscheiden zwischen einer unsicheren Zukunft und der fest verankerten Gegenwart, die allerdings weniger Chancen bietet. Oft haben sie das Gefühl, ihr Milieu zu verraten. Zudem wird ihnen auf der besseren Schule

durch den Kontakt mit den anderen Schülern bewusst, wie benachteiligt sie leben (ebd., 2006:171). Die Schwarzafrikaner haben noch weniger Chancen auf den Bildungswegen und sie haben es schwerer, den Eintritt in die Arbeitswelt zu schaffen als die anderen, da sie noch nicht so lange in Frankreich leben wie zum Beispiel die Maghrebiner (ebd., 2006:103). Daher haben sie Schwierigkeiten, eine Zukunft in Betracht zu ziehen. Für einen Jugendlichen ist es schwierig, sich für den schulischen, nicht für den kriminellen Weg zu entscheiden. Viele empfinden diese Phase der Entscheidung als extrem spannungsreich und leidvoll (ebd., 2006:151). Vor allem die männlichen Jugendlichen haben Schwierigkeiten, sich in der Schule gut darzustellen und zu den Lehrern ein gutes Verhältnis aufzubauen, da sie unter enormen Druck stehen, vor den Freunden das Gesicht zu wahren (ebd., 2006:151). Ohne einen guten Schulabschluss ist es für die Jugendlichen aber fast unmöglich, einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu bekommen.

Die Stadtpolitik hat gemerkt, dass die Schule allein nicht ausreicht, um den Jugendlichen in den *cités* zu helfen. Auch in Bereichen wie Wohnung, Arbeit und Familie muss sich vieles ändern. Die Stadtpolitik hat versucht, dies umzusetzen, indem sie den Schulen nahe gelegt hat, mit anderen Anlaufstellen – zum Beispiel Jugendeinrichtungen oder Sportstätten – zu kooperieren. Der Gedanke ist, die Jugendlichen umfassend zu betreuen, um ihnen Anlaufstellen zu geben und eine breite Reflexion der Kinder in der sozialen Entwicklung zu fördern, sowohl in ihrer Schul- wie auch in ihrer Freizeit. Es gab viele Versuche, doch die Ergebnisse waren sehr kontrovers. Einige Schulen haben dies für sich als Neudefinition ihrer Verantwortung verstanden, viele andere Schulen zeigten Widerstand, da die Schule sehr auf ihren Traditionen und auf ihrer Unabhängigkeit sowie ihrem Monopol der Erziehung besteht (Lagrange, Oberti, 2006:153). Viele Schulen in den *cités* haben sich von den Eltern, Schülern und anderen Schulen zurückgezogen, weil sie sich der Degradierung, der Härte und der Fremdheit ihres direkten Umfelds, besonders den Jugendlichen, bewusst sind und sich davon bedroht fühlen. Dies wird insbesondere illustriert durch die Zäune, die Barrieren, die Videoüberwachung und die Diskussion um die Anwesendheit der Polizei in den Schulen.

Der französische Staat institutionalisierte die *ZEP (Zones d`education prioritaire)*, die Zonen darstellen, in denen benachteiligte Menschen leben. In

diesen Zonen gibt es große Bildungsprobleme; deshalb bekommen Bildungseinrichtungen hier mehr Personal und ein größeres Budget (ebd., 2006:155). Was gut klingt, bringt de facto jedoch viele Probleme mit sich. Das liegt in erster Linie an drei Umsetzungsfehlern (ebd., 2006:155). Als erster Fehler kann die ungleiche Verteilung der Budgets gelten, da es mehr Schüler in der *ZEP* gibt als in einer reicheren Banlieue, bekommen die Schüler in der *ZEP* ein um sieben Prozent geringeres Budget. Zweitens konzentrierte sich der Staat nicht ausschließlich auf die Schulen mit den schwierigsten Problemen, sondern nahm zu viele Schulen in dieses Programm auf. Dadurch fiel für die wirklich problematischen Fällen die Unterstützung zu gering aus (ebd., 2006:156f.). Drittens wurden auch Schulen als *ZEP* eingestuft, die eigentlich ein gutes Image besaßen. Durch die Einstufung als *ZEP* haben diese Schulen große Image-Verluste hinnehmen müssen.

Durch die *carte scolaire* und der *ZEP* verstärkt die Politik das Gefühl der Jugendlichen, in eine degradierte Schule zu gehen und nach Beendigung der Schulzeit keine Arbeit zu finden, da die Arbeitgeber die Schulen de *ZEP* entwerten. Die *carte scolaire* ist einer der (politischen) Gründe dafür, dass die Jugendlichen in den *cités* unter sich bleiben und keine Kontakte zu anderen Gesellschaftsschichten knüpfen können.

5.2 Soziale Ausgrenzung im Bereich Arbeit

Aufgrund der geringen Bildung der Jugendlichen aus den *cités* ist es schwer für sie, eine Arbeit zu bekommen. Die kulturelle und soziale Ausgrenzung in der Arbeitswelt verstärkt das Problem der Arbeitssuche dazu noch mehr.

Die Arbeit ist der Schlüssel zum gesellschaftlichen Leben, sie war lange Zeit ein Anzeiger für die individuelle Schichtzugehörigkeit. Heute gibt Arbeit zwar hauptsächlich den sozialen Status an, dennoch wird dieser nicht mehr in dem Maße durch den Arbeitsplatz bestimmt wie in der Industriegesellschaft. In den letzten 20 Jahren sind Kriterien wie ethnische Verwurzelung, Geschlecht, Bildungsniveau, regionale Herkunft und Alter ebenso bestimmend geworden

(Dubet, Lapeyronnie, 1994:23). Ende der 80er-Jahre waren sechs Prozent der Beschäftigten in Frankreich Ausländer, ein Drittel Portugiesen, ein Fünftel Algerier und ein Zehntel Marokkaner (ebd., 1994:76). Schon immer mussten die Einwanderer überproportional häufig schlecht bezahlte Arbeiten annehmen, und selbst heute haben drei Viertel der Ausländer nur ein sehr niedriges Ausbildungsniveau (ebd., 1994:76). Andererseits ist das Ausbildungsniveau gestiegen, und die Beschäftigungsstruktur ist vielfältiger geworden. Der Anteil der Frauen hat zugenommen. Die Jugendlichen, die einen Schulabschluss in den *cités* absolvieren, haben weniger Chancen in der Arbeitswelt, da sie mit dem Wohnort in Verbindung gebracht werden (Lagrange, Oberti, 2006:150). Bei der Arbeitssuche ist die ethnische Herkunft jedoch von Bedeutung, da fast ein Drittel aller jungen Ausländer arbeitslos ist, wobei die maghrebinischen, algerischen und tunesischen Jugendlichen stärker davon betroffen sind als beispielsweise Jugendliche mit portugiesischer Abstammung (Dubet, Lapeyronnie, 1994:135). So weisen Maghrebiner eine zwei bis dreimal höhere Arbeitslosenrate auf als Portugiesen. Bei gleichem Schulabschluss und gleicher Ausbildung sind mehr ausländische Jugendliche arbeitslos als Franzosen im gleichen Alter. Die Jugendlichen wollen sich heutzutage nicht mit einer schlecht qualifizierten Tätigkeit zufrieden geben und stellen höhere Ansprüche. Sie haben nicht vor, wie ihre Väter auf dem Bau oder in der Industrie zu arbeiten (ebd., 1994:110). Bei den rebellierenden Jugendlichen in den französischen Vorstädten handelte es sich so gut wie ausschließlich um männliche Jugendliche. Diese Besonderheit machte das deutsche Frauenmagazin EMMA zum Ausgangspunkt einer geschlechterspezifischen Analyse. Die Männer sind zu einem großen Teil arbeitslos, sie können sich keine Zukunft vorstellen. Sie gelten in der Gesellschaft sehr wenig, dennoch sind sie traditionell aufgrund ihres Geschlechts tonangebend zu Hause. Die männliche Identität wird zu einem sehr fragilen Konstrukt, wenn die Arbeit wegfällt, über die sie sich als Ernährer so stark identifizieren. (EMMA, Jan./Feb. 2006:6f., 22ff.). Die Jugendlichen leben in einer Zeit, in der Arbeitslosigkeit ein Massenphänomen geworden ist – und in einem Land, das mit Italien zu den Ländern gehört, in denen Jugendliche am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Im Jahr 1984 war die offizielle Arbeitslosenrate der unter 25-Jährigen mit 24,7 Prozent vier Mal höher als die der über 25-

Jährigen von 6,5 Prozent (Dubet, Lapeyronnie, 1994:194). Im Jahre 2001 waren neun Prozent der 25- bis 29-Jährigen ohne Schulabschluss arbeitslos (IPB Nr.285/ 2004:25). Im Jahr 2005 ist in den französischen Vorstädten jeder Dritte unter 25 Jahren arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Frankreich mit 23 Prozent an der Spitze Europas. In den Problemvierteln ist sie mit 36 Prozent sogar noch höher (SZ vom 07.11.05).

Im Dienstleistungsbereich arbeiten heute mehr Ausländer. Jedoch sind prozentual mehr Ausländer arbeitslos als Franzosen, besonders unter den Maghrebinern (Dubet, Lapeyronnie, 1994:77). Vor allem die Nordafrikaner werden von bestimmten Berufen, die repräsentative Aufgaben haben, ferngehalten und erfahren auch auf der Suche nach einem Arbeitsplatz Diskriminierung (ebd., 1994:143). Eine Arbeit für die Einwohner der Vorstädte zu finden, stellt sich aufgrund ihres Wohnorts, ihres Familiennamens und oft auch wegen der Hautfarbe als schwierig dar. Potenzielle Arbeitgeber reagieren mit Misstrauen. Da sie wissen, dass die Kriminalität in den Vororten höher ist, verallgemeinern die meisten und geben Bewerbern aus diesen Orten meist von vornherein keine Chance (Wacquant, 2004:158). Diese Vorstadtjugendlichen sind sich bewusst, dass sie für ihren Wohnort auf diese Weise bestraft und von der Arbeitswelt ausgegrenzt werden.

Doch nicht nur bei der Arbeitssuche zeigt sich eine territoriale Stigmatisierung, sondern auch in der Bürokratie, Polizei und in den Gerichten (ebd., 2004: 158). Wie die Arbeitgeber neigen Behörden zur Verallgemeinerung und behandeln Bewohner der Vororte mit weitaus größerer Härte als Bewohner der Innenstadt. Die Arbeitslosenrate unter allen Erwerbstätigen ist mit 20,7 Prozent in den Hochhausvierteln am Rande der Großstädte mehr als doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt (Süddeutsche Zeitung vom 07.11.05, Kläsgen). Nach Aussage des Nationalen Beobachtungszentrums für die sensiblen Stadtviertel ist die Arbeitslosigkeit derjenigen mit Abitur und einer zweijährigen Berufsausbildung im vergangenen Jahr um vier Prozent gestiegen. In den Banlieues ist jeder Dritte mit Abitur arbeitslos (ebd., 07.11.05). Eine Studie der Universität Paris I ergab, dass ein Bewerber mit einer Absenderadresse der Pariser Banlieues wie Clichy oder Aulnay-sous-Bois eine fünfmal geringere Chance hat, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden als Arbeitssuchende aus einem der gepflegten Bürgerviertel Paris

(ebd., 07.11.05). Die meisten Vorstadtbewohner müssen nach dem Bericht des Observatoriums mit einem Jahreseinkommen von im Schnitt 19.000 Euro auskommen. Dabei bezieht sich das Einkommen auf den Haushalt – und die sind in den Vorstadtvierteln in der Regel wegen der größeren Kinderanzahl besonders groß. Das Einkommensgefälle ist in Paris sehr hoch. Neben dem höchsten Pro-Kopf-Einkommen im Euroraum herrscht jenseits der Ringautobahn relative Armut (ebd., 07.11.05).

Ein weiteres Problem ist die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Durch abnehmenden sozialen Schutz entstehen Existenzängste und dadurch Konkurrenz unter den Menschen, vor allem unter den Diplomierten und nicht Diplomierten (Lagrange, Oberti, 2006:16). In Frankreich gibt es zu viele Hochschulabsolventen mit Diplom, die den Nicht-Diplomierten entsprechende Arbeitsstellen wegnehmen, weil sie für ihre Qualifikation nichts Entsprechendes bekommen. Es fallen vor allem die benachteiligten Zonen auf, in denen die Arbeitslosigkeit der Jungdiplomierten und der generell Arbeitslosen bei 35 bis 40 Prozent konstant bleibt (ebd., 2006:109).

5.3 Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in den cités

Eine der Maßnahmen gegen die Ausgrenzung der Population der *cités* und auch deren Arbeitslosigkeit war die Gründung der *ZFU (Zones franches urbaines)*. Das sind Zonen, in denen sich Firmen niederlassen sollen, um für die lokale Bevölkerung Arbeitsplätze zu schaffen (Lagrange, Oberti, 2006:110). Diese profitieren dann von Steuererleichterungen und haben im Gegenzug die Auflage, dass 25 Prozent ihrer Mitarbeiter Anwohner der Gegend sein müssen. Eine Analyse zeigt, dass die Schaffung der *ZFU* eher mit der Steigerung der Unruhen korreliert, denn die Aufstände waren vor allem in den Zonen, wo die *ZFU* eingesetzt worden war. Die *ZFU* symbolisiert für die lokale Bevölkerung eine Stigmatisierung ihrer Ausgrenzung. Es entsteht Frustration, weil die geschaffenen Arbeitsplätze eher der Bevölkerung aus anderen Orten von Paris zugute kamen (ebd., 2006:111) „Les emplois créés

autour du State de France ne sont pas pour nous.“ (Die Arbeitsplätze, die um den State de France geschaffen wurden, sind nicht für uns) (ebd., 2006:111).

In der Arbeitswelt scheint sich die Politik nicht durchsetzen zu können. Die Bewohner der *cité* werden diskriminiert und bekommen trotz der Gründung der *ZFU* keine Anstellung. Die Politik konnte keine soziale und ökonomische Integration in die Arbeitswelt einbringen.

6. Die Politik Frankreichs

6.1 Die Einwanderungspolitik Frankreichs

Die französische Gesellschaft charakterisiert sich durch einen zentralisierten Staat, machtvolle öffentliche Einrichtungen, eine starke Affinität zum Laizismus und eine weit zurück reichende Immigrationsgeschichte, die tief verwurzelt in der Kolonialgeschichte und der schmerzhaften Dekolonialisation ist (Lagrange, Oberti, 2006:18). Aus Tradition ist der Staat extrem zurückhaltend gegenüber Ansprüchen, die auf ethnischen und kulturellen Grundlagen basieren. Es gehört zum Selbstverständnis des Staates, dass er keine Differenzierungen außer der nach Geschlecht und Alter der Bevölkerung vornimmt. Die Französische Verfassung schreibt vor, dass jeder Mensch gleich sei. Alle sind vereint in einer Nation, einer Sprache, einem Staat und einem Rechtssystem (ebd., 2006:19). Die Grundidee ist die, dass ein Franzose oder ein werdender Franzose akzeptieren muss, dass er zur nationalen Gemeinschaft der Franzosen gehört. Andere Aspekte seiner Identität gehören zu seinem Privatleben (ebd., 2006:19).

Einen Unterschied aufgrund der kulturellen oder konfessionellen Herkunft zu machen, ist verpönt oder zumindest suspekt. Alle öffentlichen Einrichtungen, Großunternehmen oder Gesellschaften, die sich an das allgemeine Publikum

richten, betrachten es als ihre Aufgabe, jegliche ethnische oder religiöse Referenz zu verbannen. Trotzdem praktizieren sie die Diskriminierung, wenn es um Arbeitsstellen oder um Wohnungssituationen geht, obwohl es der Ethik, zu der sie sich bekennen, entgegensteht. Wie sollten sie es auch vermeiden, wenn die öffentliche Gewalt auf legale Art und Weise nicht die Diskriminierung, aber doch nationale politische Bevorzugungen bei der Arbeitssuche praktiziert. Viele Posten im öffentlichen Dienst sind für Ausländer nicht erreichbar, wie z.B. der Beruf des Lehrers. So behaupten maghrebinische Organisationen, dass die Sozialisten die maghrebinische Immigrantengruppe zwar als Teil der Gesellschaft ansehe, sie aber nicht mit repräsentativen Arbeitsplätzen beauftragen würden, da sie ihre eigenen Strukturen bilden müssten (ebd., 2006:54).

Bis in die 50er-Jahre war Frankreich das bedeutendste Einwanderungsland in Europa. Mit seinen ehemaligen Kolonien in Nord- und Westafrika ist Frankreich seit über 50 Jahren ein bevorzugtes Zuwanderungsland. Das erklärt auch, warum in Frankreich heute die meisten Muslime Europas leben (IPB Nr.285/ 2004:22). Der französische Staat folgt dem Grundsatz der Mehrheitsentscheidung und hat die Zentralisierung politischer Entscheidungen im Parlament, so dass heterogene Minderheiten mit räumlich begrenzten Problemen übergangen werden. Die Kommunalpolitik, die sich mit den Vorstädten befasst, hat zu wenig Einfluss, um sich auf einer größeren Ebene für die Bewohner der Banlieues einzusetzen (Dubet, Lapeyronnie, 1994:198). Die örtlichen Interessengruppen und das lokale politische Leben sind demnach zu beschränkt, und auch der Bürgermeister hat zu wenig Einfluss, um sich für seine Kommune in der Regierung einzusetzen. Um sich Gehör zu verschaffen, sehen sich die Jugendlichen aus den *Banlieues* gezwungen, Krawalle zu veranstalten.

Beachtet man die Repräsentanz der Politik in den *Banlieues*, so fällt auf, dass sie nie so präsent war wie zuvor. Es existieren sozialpolitische Maßnahmen; in staatlichen Programmen und in Selbsthilfevereinen werden erhebliche Personal- und Sachmittel bereitgestellt (ebd., 1994:185). Schätzungsweise 2,5 Milliarden Euro sind seit 1975 jedes Jahr in die Problemviertel der französischen Großstädte geflossen (SZ vom 07.11.05). Die Wohnviertel werden in dieser Hinsicht nicht vernachlässigt. Zudem wird mit diesen Mitteln

der weitere Verfall aufgehalten, so dass keine völlig rechtsfreien Räume entstehen. Betreuer von Jugendklubs und Sozialstationen, Sozialarbeit mit Einwanderern, wie Frauen in Lese- und Schreibhilfegruppen sowie die Berufsförderungszentren stellen nur eine kleine Auswahl der vielen Möglichkeiten für Unterstützung dar (Dubet, Lapeyronnie, 1994:185). Die Sozialarbeit und die Lokalpolitik wurden in diesen Vierteln neu gestaltet. Der Sozialarbeiter gehört zu den vertrauenswürdigen Ansprechpartnern, und Kinder aus bedürftigen Familien können mit der Unterstützung der Schule, des Jugendklubs oder mit dem Hilfeprogramm „Gegen den heißen Sommer" verreisen. Die sozialpolitischen Maßnahmen sind nicht unumstritten. Dubet und Lapeyronnie behaupten, dass es sich um manipulative Maßnahmen handele, da die Politiker nur ihr eigenes Interesse im Auge hätten und den sozialen Frieden erkaufen wollten (ebd., 1994:186). Viele Jugendliche steigen darauf ein, weil sie sich so eine Chance auf ein Praktikum oder einen Ausbildungsplatz erhoffen.

Die kollektive Explosion bei den Unruhen von 2005 ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Untätigkeit und Blindheit der Innenpolitik Frankreichs. Für diese Inaktivität ist die Rücksicht auf den Staatsgrundsatz der „Egalité" schuld (Süddeutsche Zeitung vom 08.11.05, Willms). Es ist ein politisches Tabu, ethnische oder religiöse Bindungen offiziell wahrzunehmen. Statistiken, die einschlägig darüber informieren würden, sind ausdrücklich verboten, daher lassen sich über die im Lande lebenden Minderheiten keinerlei gesicherte Angaben machen. Derlei wird verpönt als *discrimination positive* (ebd., 08.11.05). Inoffiziell ist die *discrimination positive* gang und gäbe: Wer einen nordafrikanischen Namen trägt oder dunkler Hautfarbe ist, oder als Adresse eine der Problemzonen angibt, hat es bei gleicher Qualifikation sehr viel schwerer, einen Arbeitsplatz oder auch nur einen Kredit zu bekommen. Im Land der Chancengleichheit herrscht die Praxis einer erschreckenden Ungleichheit (ebd., 08.11.05).

Die Jugendlichen kennen ihre Rechte und Pflichten. Jedoch wissen sie, dass die Verweisung in einen separaten Raum, in dem ausschließlich nur sozial Minderwertige leben, ein eindeutiger Verstoß gegen die französische Ideologie gleicher Bürgerrechte und der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist (Wacquant, 2004: 161).

Die Regierungen Frankreich haben keine ernst zu nehmende Einwanderungspolitik geführt, und vor allem hat sich die französische Öffentlichkeit noch nie vor Augen gehalten, dass Einwanderer Kinder auf die Welt bringen und dass diese Kinder keine Einwanderer, sondern Franzosen sind (Die Zeit vom 10.11.05, Jelloun).

6.2 Staatliche Programme für Jugendliche

Der Regierungen wurde Mitte der 70-er Jahre bewusst, wie verheerend die Jugendarbeitslosigkeit ist und sie startete verschiedene Programme, die den Jugendlichen den Einstieg ins Berufsleben erleichtern sollte. So zum Beispiel das Programm „50.000 Jugendliche“, das seit 1975 läuft, oder die „Nationalen Abkommen für Beschäftigung“, die zwischen 1977 und 1981 aufgelegt wurden (Dubet, Lapeyronnie, 1994:206). Jedoch sank die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen nicht, sondern sie erhöhte sich eher. In den 70-er Jahren wurden neue Zielvorstellungen und neue Maßnahmen für den sozialpolitischen Bereich in die Wege geleitet. Ziele und Leitlinien der Sozialpolitik bestanden darin, Arme und Arbeitslose über Arbeit wieder in die Gesellschaft zu integrieren. Sozialversicherung und gesetzliche Unterstützungsmaßnahmen sollen den Arbeiter und seine Familie schützen, Soziahilfe ist dagegen fallbezogen und soll Benachteiligte aus ihrem Elend helfen und die finanziellen und persönlichen Probleme beheben (ebd., 1994:191). Gegen die Situation in den *Banlieues* sollen Sozialarbeiter, Erzieher und auch die Projektarbeit helfen. Durch all diese Maßnahmen soll letztlich die Benachteiligung in diesen Vierteln behoben werden (ebd., 1994:192).

Die Jugendsozialpolitik erhofft sich durch die Sozialeinrichtungen und Jugendfreizeithäuser eine Entschärfung der Situation in den *cités*. Die Sozialarbeiter sollen die zwischenmenschlichen Dimensionen erfüllen und für die Jugendlichen Vertrauenspersonen sein. Im Jahre 1982 brachte die Regierung ein Maßnahmepaket für die 16- bis 25-Jährigen heraus, das Berufsausbildungspraktika und Fortbildungspraktika koppelte. Das Problem

der hohen Jugendarbeitslosigkeit kann dennoch nicht nur von der Sozialpolitik gelöst werden, sondern benötigt auch die Unterstützung von Fachleuten aus der Wirtschaft (ebd., 1994:206). In dem Programm geht es vor allem darum, sich soziale Strukturen zu schaffen und ein Beschäftigungsziel vor Augen zu bekommen. Das Programm ist problemorientiert und soll vor Ort greifen. Der Bürgermeister bildet den Vorsitz und schafft ein Team, das aus sozialpolitischen Verantwortlichen besteht und die Jugendlichen betreut (ebd., 1994:207). Im Jahr 1982 gab es 61 Ämter; Ende 1991 waren es schon 250, die auf in den Problemvierteln eingerichtet wurden. Ein Ministerialausschuss sorgte Landesebene für die soziale und berufliche Eingliederung und für die allgemeine Koordinierung. Zudem gibt es die Berufsinformations- und Beratungsbüros für Jugendliche (*PAIO*), deren Aufgabe es ist, für die Jugendlichen Eingliederungspfade auszuarbeiten und sie zu beraten (Dubet, Lapeyronnie, 1994:207). Das Programm erwies sich aber schnell als unzureichend. Heute gibt es lediglich 20 Programme mit der Option, Jugendlichen bei Ausbildung, Einführung und Eingliederung zu helfen. Trotz all dieser Maßnahmen konnte die steigende Jugendarbeitslosigkeit nicht verhindert oder aufgehalten werden. Die Jugendlichen sind unmotiviert. Sie stehen den diversen Programmen, die sie durchlaufen haben, skeptisch gegenüber und finden keinen Ausweg aus ihrer Situation (ebd., 1994:208). Sie sind ernüchtert und glauben nicht an diese Programme, durch die sie letztlich auch keine Arbeit gefunden haben. Es gab aber auch Erfolge in diesen Programmen, denn vielen Jugendlichen gelang der Einstieg ins Berufsleben. Dennoch profitieren hauptsächlich diejenigen, die am höchsten motiviert waren und die besten Schulabschlüsse hatten. Für den Rest der Jugendlichen bieten die Programme nur eine Abwechslung für das Leben in der *galère*, so dass die Berufsberatungsbüros niemals leer sind. Diese Programme sind die einzige Verbindung zwischen der Ökonomie, das heißt der Wirtschaft und deren Arbeitsplätzen, und den Bewohnern aus den Banlieues: Denn die Jugendlichen selbst haben kaum eine Chance, den Kontakt zu den gewünschten Arbeitgebern selbst herzustellen. Da es nicht sicher ist, ob sich die Verbindung als tragbar erweist und man die Gefahr der endgültigen Marginalität entgegen steuern will, soll nun mit dem Eingliederungsmindesteinkommen (*RMI*) und mit aktiver Kommunalpolitik weitergeholfen werden (ebd., 1994:209). Diese Maßnahme

wurde 1988 eingeführt und soll Personen von über 25 Jahren mit Einkünften unterhalb eines bestimmten Minimums für ein Einkommen versorgen. Im Jahre 1992 lag das Minimum bei 365 Euro monatlich (ebd., 1994:210). Im Laufe der 80er-Jahre haben die Regierungen versucht, eine aktivere und realitätsnähere Sozialpolitik zu entwickeln, jedoch gibt der Staat lediglich den Anstoß für die Maßnahmen, ohne wirklich eine leitende Funktion zu übernehmen. Wie die Projekte dann letztendlich realisiert werden, liegt an der Fähigkeit der Gruppen vor Ort (ebd., 1994:200). Die Beteiligung der Bewohner wird durch Ausschüsse, Beratungsgremien und durch konkrete Basisarbeit gefördert und ist auch gewollt. Die behördlichen und sozialpolitischen Maßnahmen reichen jedoch allein nicht aus, der Ausgrenzung entgegenzuwirken. Eine Beteiligung und Mobilisierung der Vorstadtbewohner ist insgesamt auch erforderlich. Es müssen dementsprechend politische Antworten gefunden werden, um den Marginalisierungstendenzen entgegen zu wirken. Vier wichtige Maßnahmekataloge sind die Vorsorgepolitik und Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Eingliederung von Jugendlichen in Problemsituationen, Maßnahmen gegen Ausgrenzung mit dem so genannten Eingliederungsmindesteinkommen (*RMI*) und die Stadtpolitik mit dem Sozialen Stadtentwicklungsprogramm (*DSU*) (ebd., 1994:201).

6.3 Die Polizei als Auslöser für die Unruhen

Die Einwandererkinder aus den *Banlieues* sind aufgrund des Ius Soli französische Staatsbürger, dennoch werden sie nicht nur von der Gesellschaft ausgegrenzt, sondern auch von Politikern wie dem Innenminister Nicolas Sarkozy. Der französische Innenminister Sarkozy versuchte die Situationen in den *Banlieues* im Herbst 2005 bei den Revolten nicht zu entschärfen, sondern erklärte, die „Problemquartiere mit dem Hochdruckreiniger von Gesindel zu säubern“ zu wollen (Die Zeit vom 10.11.05, Mönninger), was die Jugendlichen in den *cités* noch mehr erzürnte. Sarkozy sagte, dass die Unruhestifter alle bei der Polizei bekannt seien (Lagrange, Oberti, 2006:44). Für ihn handelt es sich bei den Jugendlichen aus den *Banlieues* um Individuen, die nur durch ein

Strafverfahren zum Objekt der Aufmerksamkeit des Staates und der Gesellschaft werden (ebd., 2006:60).

Als Antwort auf die Aufstände holt Sarkozy „die knallharte Bürgerkriegspolizei der CRS“ (*Compagnie Républicaine de Sécurité*) in die *Banlieues*, da er die Nachbarschaftspolizei als „zu lasch“ empfand (Die Zeit vom 10.11.05, Mönninger). Lagrange beschreibt die Willkür der Polizei mit dem Beispiel, wie die Polizei zur *CRS* geht und nach einem gewissen Mister X fragt, dessen Foto sie in ihrem Identifikationsheft haben, und ob dieser nicht derjenige war, der am Abend zuvor Steine auf Autos geworfen hat (Lagrange, Oberti, 2006:46f.). Das Risiko der Willkür ist hier sehr groß, da die Polizei oft nur in einem Umkreis agiert, in dem die Jugendlichen ihnen bekannt sind. Oft auch nutzen sie das Chaos, um einen Menschen festzunehmen, der bis dahin aufgrund mangelnder Beweise frei war (ebd., 2006:46f.). Durch diese Methoden kommt es zu einem Klienteleffekt. Das bedeutet, dass immer wieder die gleichen Personen verdächtigt werden.

6.4 Ausschreitungen zwischen Polizei und Einwandererkinder

Die Anzahl der Minderjährigen in den französischen Gefängnissen hat sich von 1991 bis 2003 verdoppelt (Lagrange, Oberti, 2006:60). Die Aufstände der Minderjährigen gegen die Polizei hat sich von 1988 bis 2000 versechsfacht (ebd., 2006:60). Bei der Aggressivität gegenüber der Polizei handelt es sich in 75 Prozent der Fälle um Aggressivität von unter 30-Jährigen (ebd., 2006:63). Von 1965 bis 2003 zählt man unter den Verurteilten 18 Prozent Maghrebiner oder Personen mit maghrebinischem Namen; 8,2 Prozent stammen aus Afrika und DOM-TOM (den überseeischen Departements und Territorien Frankreichs), und 54 Prozent stammen aus Frankreich oder tragen einen französischen Namen (ebd., 2006:63). Von 1995 bis 2003 gehörten zu den entsprechenden Straftätern 25 Prozent Maghrebiner, 20 Prozent Afrikaner und

Einwanderer der DOM TOM. Bei den Minderjährigen sind es 38 Prozent Maghrebiner und 28 Prozent Afrikaner und Ejnwanderer der DOM-TOM (ebd., 2006:63). Die Aggressivität der Polizisten gegenüber den Jugendlichen hat sich auch gesteigert. In den 80er-Jahren gab es 200 Anzeigen gegen Dienst habende Polizisten, Mitte der 90er-Jahre waren es schon 250 Anzeigen; 2001 stieg die Zahl auf 517, und 2004 waren es schließlich 725 Anzeigen (ebd., 2006:61f.).

1991 kam es in der Pariser *Banlieue* Mantes-la-Jolie während einer Untersuchungshaft zum Tod eines Inhaftierten (ebd., 2006:68). Dies führte am 04. Januar 1993 zu einem Gesetz, das den Besuch eines Rechtsanwalts erlaubt und die Anwesenheit eines Arztes vorschreibt. Es war ein Arzt, der 1992 den schlechten Zustand eines in Untersuchungshaft sitzenden Marrokkaners im Kommissariat von dem Pariser Département Seine-St. Denis in der Banlieue Bobigny zertifizierte und den juristischen Autoritäten meldete. 1999 wurde Frankreich vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte wegen Folter verurteilt (ebd., 2006:68). Durch die Anhäufungen und Veröffentlichung der Fälle, bei denen sich Opfer gegen die polizeilichen Übergriffe wehren, wird von diesem Recht immer mehr Gebrauch gemacht. Vor allen die Maghrebiner möchten so das Schweigen ihrer Väter ausradieren. (ebd., 2006:79).

Die Ereignisse im November 2005 sind das Resultat einer Konzentration der polizeilichen Überwachung bestimmter Jugendlicher (ebd., 2006:60). Die Wut der *galérien* richtet sich meistens nicht wie bereits erwähnt gegen einen bestimmten gesellschaftlichen Gegner, sondern sie zeigt sich nur generell, indem die eigene Umgebung zerstört wird. Jedoch wird die Wut oft durch die Polizei entfacht, die dann als eine Art Ersatzgegner empfunden wird (Dubet, Lapeyronnie, 1994:114). Die Polizei verkörpert für die Jugendlichen aus den Vorstädten weniger die gesellschaftliche Ordnung als vielmehr Gewalt und Willkür. Die Bewohner der Pariser *cités* werfen der Polizei vor, rassistisch, ungerecht und gewalttätig zu sein, nach Dubet und Lapeyronnie sind „viele Polizisten es tatsächlich [sind]“ (ebd., 1994:114).

Die Polizei sollte für den Schutz vor Übergriffen sorgen, aber sie demütigt die Bewohner der *cités* und die jeweiligen Polizisten kommen meistens ungestraft davon (ebd., 1994:151), da die Politik sich nicht mit einbringt oder sich

durchsetzt. Als Antwort auf die Probleme in den *cités* hat die Politik die *CRS* geschickt und das Gefühl der Gleichgültigkeit bei den Bewohnern verstärkt.

7. Kriminalität in den *cités*

Zur alltäglichen Realität gehören in den Pariser Vororten die Kleinkriminalität, wie der Diebstahl von Mopeds, Schiebereien oder das Aufbrechen von Briefkästen. Die Kleinkriminalität ist vor allem Ausdruck persönlicher Probleme und ist meistens spontan (Dubet, Lapeyronnie, 1994:104). Die Jugendlichen sind in ihrem Leben von einer kriminellen Laufbahn geprägt (Lagrange, Oberti, 2006:74). Faktoren wie Arbeitslosigkeit, relative Armut und Frustration können dennoch nicht die alleinige Begründung für die Abseitsstellung von Jugendlichen aus den *Banlieues* sein und das kriminelle Verhalten erklären (Dubet, Lapeyronnie, 1994:125). Vielmehr entsteht sie aufgrund von Ausgrenzung und durch die dadurch geweckte Wut (ebd., 1994:126). Zwischen 1963 und 1981 ging die Kriminalitätsrate um 273 Prozent nach oben (ebd., 1994:202). Die Jugendlichen fühlen sich vom gesellschaftlichen Leben und der Konsumgesellschaft ausgeschlossen und begründen ihr kriminelles Handeln als eine Möglichkeit, sich Konsumartikel zu beschaffen, von deren Besitz sie sich ausgeschlossen fühlen (ebd., 1994:110). Laut Dubet und Lapeyronnie werden die betreffenden Jugendlichen kleinkriminell, weil es ihnen nicht mehr möglich erscheint, sich auf legalem Weg zu integrieren. Sie wollen ihre Bedürfnisse wie gute Kleidung, auszugehen oder der Familie zu helfen, befriedigen (ebd., 1994:110). Jedoch leben diese Jugendlichen nicht im Elend und stehlen keine lebensnotwendigen Sachen wie das tägliche Brot. Sie beschaffen sich vielmehr illegal Mopeds, teure Markenjeans oder ein Handy, da sie der Ansicht sind, ohne diese Markenartikel keine eigene akzeptable Selbstwahrnehmung mehr haben zu können (ebd., 1994:110). Frustriert, nicht nach dem von ihnen so empfundenen französischen Standard leben zu können, werden diese Jugendlichen meistens kriminell (ebd., 1994:116). Oft werden diese Jugendlichen zu Klein- und zu

Gelegenheitskriminellen, die in den Pariser Vorstädten allgegenwärtig sind. Aufgrund dieser Tatsache haben sich Supermärkte, Schulen und Einrichtungsstätten in Festungen verwandelt. Die Täter sind nicht nur Jugendliche, sondern auch Kinder. Beide Gruppen rechtfertigen ihr kriminelles Handeln durch die Möglichkeit, etwas Spaß zu haben (ebd., 1994:117). Das ganze Verhalten der Jugendlichen sowie ihre Gewaltausbrüche sind unberechenbar.

Die Pariser Vorstädte werden oft als heikel eingestuft, und es wird empfohlen, sie zu meiden. Die *cité des Quatre mille*, die den Ruf einer *no-go-area* hat, soll nach Einschätzung der Öffentlichkeit eine hohe Kriminalität haben. Laut Wacquant gilt der Fakt, dass es Gruppen junger Männer gibt, die in Straßenkämpfen, Diebstahl und Vandalismus verwickelt sind, jedoch könne man nachts sicher durch die *cité* gehen (Wacquant, 2004: 167). Die häufigsten Verbrechen sind Auto- und Motorraddiebstähle sowie kleinere Überfälle. In einem durchschnittlichen Jahr gibt es keinen einzigen Mord, obwohl die Stadt nur über 140 Polizeibeamte verfügt. Im Vergleich mit Städten, die ein besseres Ansehen genießen, hat *Quatre mille* besser abgeschnitten, denn z.B. liegt die Zahl der Einbrüche mit 10,8 Einbrüchen pro 1000 Bewohner weit unter der von Paris mit 25,6 Einbrüche pro 1000 Bewohner (ebd., 2004: 168). Auch die Gewaltkriminalität ist nicht so hoch wie man erwarten könnte. Die französischen Jugendbanden sind nicht bewaffnet, und auch harte Drogen wie Crack sind weniger verbreitet.

Bei den Aufständen im Herbst wurden am 2. November 2005 ein Kommissariat in einer Banlieue angezündet, es kam zu Übergriffen auf Passagiere im *RER (réseau express régional)*, dem S-Bahn Netz von Paris und Umgebung. An der Banlieue-Station Blanc-Mesnil kam es zu Übergriffen, des weiteren kam es zu Vandalismus in einem Supermarkt in der Banlieue Villiers-le-Bel (Lagrange, Oberti, 2006:39). Während der Aufstände randalierten die Jugendlichen eher selten direkt in Paris, da sie sich in ihrer *cité* besser auskennen und sich dort viel sicherer fühlen (ebd., 2006:40). Die Aufstände haben sich am schnellsten in den Banlieues ausgebreitet, in denen die Anzahl der Jugendlichen afrikanischer Abstammung am größten ist (ebd., 2006:42). Je stärker die ärmere Population in Paris an den Rand gedrängt wird, desto größer wird die kollektive Gewalt und auch die Gewalt gegen Frauen (ebd., 2006:45).

Die Entscheidung für die Revolte deutet klar darauf hin, dass es sich hierbei nicht um ein Aneignen von Eigentum handelt, sondern dass es darum geht, Aufmerksamkeit auf sich zu lenken (ebd., 2006:46).

Da die Politik es nicht geschafft hat, die Bewohner der *cité* sozial und ökonomisch in die Gesellschaft zu integrieren, werden diese kriminell – es ist für sie neben der Erregung von Aufmerksamkeit und Ärger ein Mittel, ihr empfundenes oder tatsächliches Defizit an Konsummitteln auszugleichen.

8. Auswertung und Fazit

Ich habe versucht in dieser Arbeit darzustellen, dass die Jugendlichen in den Pariser Vorstädten in einer Ausgrenzungssituation leben. Besonders gravierend ist die Ausgrenzungssituation für Maghrebiner und Schwarzafrikaner, da die französische Gesellschaft ihnen in besonders hohem Maße mit Vorurteilen begegnet. Die Ursachen liegen in der Geschichte Frankreichs und der jeweiligen Herkunftsländer sowie in der Politik, die letztendlich kein echtes Interesse an einer Änderung des Zustands hat, wie die gescheiterten Maßnahmen zeigen, zum Beispiel wurden in den Bildungs- und Arbeitsmaßnahmen nicht genug gegen soziale, ökonomische und kulturelle Ausgrenzung unternommen. Die Ausgrenzung in den *cités* hat ihren Ursprung in der Politik. Denn diese wirkt der räumlichen Isolierung nicht entgegen sondern verstärkt sie sogar, da die Fahrtickets für die Verbindung nach Paris und in andere Banlieues teuer sind und meistens noch Zusatztickets für bestimmte Regionen zu kaufen sind. Von der S-Bahnstation St. Denis muss man noch 15 bis 20 Minuten bis in die Siedlung laufen.

9. Eigene Beobachtungen und Eindrücke

Ich habe die *cités des franmoisins, Villeneuve La Garenne* und *Epinay Villetaneuse* besucht. Die *cités* befinden sich alle weit weg von der Innenstadt, und es ist unmöglich, schnell – oder auch nur kostengünstig – ins Zentrum von Paris zu gelangen. Bei meinem Aufenthalt, während dem ich mich unter anderem mit einem Lehrer aus der *cité Villeneuve La Garenne* und einem Busfahrer aus der *cité des franmoisins* unterhalten habe, war nicht zu übersehen, wie stark und allgegenwärtig das Thema der Ausgrenzung und Isolation in den *cités* ist..

Auffallend war das „Herumhängen" von Jugendlichen in schulpflichtigem Alter auf öffentlichen Plätzen. Ein Zustand, der von den Erwachsenen als selbstverständlich hingenommen wird. Die öffentlichen Mittel für die *cités* scheinen gering auszufallen, da die Hochhaussiedlungen grau, beschmiert und die Hauseingänge demoliert sind. Auch die wenigen Grünanlagen sind unsauber und ungepflegt, so dass ein negativer Gesamteindruck vorherrscht. Die Schulen in der *cité des franmoisins* liegen inmitten der Hochhäuser. Die dazugehörigen Spiel- und Sportplätze sind von mindestens zwei bis drei Meter hohen Gitterzäunen umgeben. Die Anlage wirkte auf mich wie ein Gefängnis.

Zudem war die *CRS* allgegenwärtig. Ich konnte beobachten, wie zwei *CRS-Beamte* zwei Männer schwarzafrikanischer Abstammung in einem BMW anhielten, kontrollierten und aggressiv durchsuchten. Ganz allgemein ist Aggressivität ist in den zwischenmenschlichen Begegnungen stets präsent.

Die *cités* wirken wie vergessen und mit ihren Problemen von der Politik allein gelassen. Meine Eindrücke erweckten in mir Verständnis für die Haltlosigkeit der jugendlichen Bewohner. Es ist schwer vorstellbar, in einem solch degradierten und ausgrenzten Umfeld aufzuwachsen und mit dem alltäglichen Gefühl zu leben, nicht in die Gesellschaft integriert zu sein. Die Ohnmacht, mit der die Jugendlichen konfrontiert werden, schürt Frustration. Es erstaunt nicht, dass ein Funke genügt, um sie zu entfesseln.

10. Literatur

Informationen zur politischen Bildung Nr.285, Frankreich, 4. Quartal 2004

Zeitungsartikel:

Die Zeit, Nr.46 vom 10.11.05, Hartmut Häußermann, Nicht pendeln, nicht malochen, nur noch pennen.

Die Zeit, Nr.46 vom 10.11.05, Michael Mönninger, Geld ist nichts, Respekt ist alles.

Die Zeit, Nr.46 vom 10.11.05, Tahar Ben Jelloun, Verbrannte Erde.

Süddeutsche Zeitung, Nr.257 vom 08.11.05, Johannes Willms, Republikanische Selbsttäuschung.

Süddeutsche Zeitung, Nr. XX vom 07.11.05, Michael Kläsgen, Jugend ohne Job

Internetrecherchen:

EMMA, Jan./Feb. 2006:6-7, 22-31, 15.07.2006, www.emma.de

Sozialinfo, Wörterbuch der Sozialpolitik, 29.07.2006, http://www.socialinfo.ch/cgibin/dicopossode/show.cfm?id=325

Wikipedia, 29.07.2006, http://de.wikipedia.org/wiki/Ius_Soli

Bücher:

Dubet, F., Lapeyronnie, D., (1994): Im Aus der Vorstädte, Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Klett-Cotta

Häußermann, H., Kronauer, M., Siebel, W., (Hrsg.) (2004): An den Rändern der Städte, Armut und Ausgrenzung, edition suhrkamp 2252, Erste Auflage 2004

Kronauer, M., (1997): Soziale Ausgrenzung und Underclass: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung, in: Leviathan 25 (1997), S.28-49

Lagrange, M., Oberti, H., (2006): Émeutes urbaines et Protestations, Une singularité francaise/ sous la direction de Hugues Lagrange et Marco Oberti, Presses de Sciences Po, Collection Nouveaux Débats, 6

Le dictionnaire encyclopedique de collèges (1988) : Pluri dictionnaire, Larousse

Malewska-Peyre, H., in Dubet, F., Lapeyronnie, D., (1994) : Im Aus der Vorstädte, Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Klett-Cotta

Wacquant, in Häußermann, H., Kronauer, M., Siebel, W., (Hrsg.) (2004): An den Rändern der Städte, Armut und Ausgrenzung, edition suhrkamp 2252, Erste Auflage 2004

Tabard, N., Aldeghi, I., in Dubet, F., Lapeyronnie, D., (1994): Im Aus der Vorstädte, Der Zerfall der demokratischen Gesellschaft, Klett-Cotta

Kimmel, A., Uterwedde, H., (Hrsg.) (2005): Länderbericht Frankreich, Geschichte, Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bundeszentrale für politische Bildung, Band 462

Essay

Schwedler, H.-U., (2000): Vororte und Ghettos: Europäisches Multikulti oder sozialer Sprengstoff - Erfahrungen aus Frankreich und Berlin, Essay; Europäische Akademie Berlin

Häußermann, H., Siebel, W., (2001): Soziale Integration und ethnische Schichtung - Zusammenhänge zwischen räumlicher und sozialer Integration -, Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“, Berlin/Oldenburg

11. Anhang

Cité Villeneuve La Garenne

15 Uhr. Es befanden sich kaum Menschen auf den Straßen. Ich wurde von Julien Rolin, Lehrer in dieser cité, begleitet. Es gibt dort z.B. keine Videotheken oder Kinos.

Cité Épinay Villetaneuse

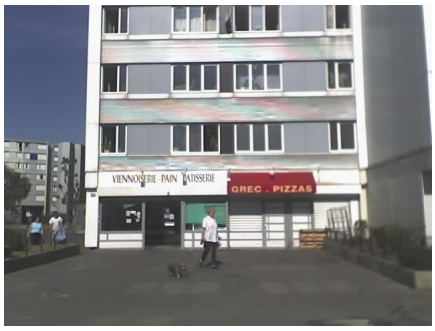
17 Uhr. Außer dem Rathaus (siehe rechts) wurde nichts modernisiert.

Seine-St. Denis

Von der Station St- Denis sieht man gleich die Industrie. Hier haben sich Firmen wie Siemens, Lexmark und Loreal angesiedelt. Mit mir stiegen viele Menschen aus der Bahn, die hier arbeiten. Es scheint, dass die Angestellten nur von außerhalb der Banlieue kommen.

Neu gebaute Häuser hinter dem Stade de France in St. Denis.

Um in die *cité des franmoisins* zu kommen, muss man die Brücke überqueren. Ich besuchte die *cité* an einem Montagmorgen um 09 Uhr.

Kaum in der *cité* angekommen, habe ich eine Feuerstelle inmitten einer Wohnsiedlung entdeckt, die aufgrund des Geruchs noch frisch schien.

Zwischen Hochhaus und Schule befindet sich eine große Industrie.